

Bereitigt ging ich auf den Plan ein, während Gröden Ingrid die Tür nach dem Speisezimmer abschloß und mit dem Polen das feilsche Arrangement des Koffers vornahm. Außer den gewöhnlichen Verren versahste ich noch einen Brief, mit dem der Dieb die Rücksendung des „wertlosen“ Koffers

Deutsches Reich.

* Eine weltliche Fahnenweihe. Bei der Fahnenweihe des Klubs „Georg Wilhelm“ zu Hannover hielt Redakteur Langwisch die Festsprache, in der er nach dem Bericht der „Deutschen Volkshalle“ sagte: „Wenn unser Herzog in den kommenden frohen Tagen nicht persönlich nach Braunschweig kommt, so entspreche dies seiner stets geübten vornehmen Gesinnung. Wir wollen aber die Hoffnung nicht aufgeben, ihn nicht nur in Braunschweig einmal einzusehen zu sehen, sondern ihn auch einholen zu dürfen in Hannover, ihm zuzubekommen zu können als unserem rechtmäßigen König. (Tosender Jubel.) So möchten sich jetzt die Mitglieder scharen um das fleckenlose gelbweiße Banner, das Sinnbild der sich nicht herunter drücken lassen Niederfachentreue, und in diesem Sinne weihe er die Fahne als ein Feldzeichen in dem uns von einem bösen Gegner aufgedrungenen Kampfe für die Ehre des angestammten Königshauses und die Freiheit des teuren hannoverschen Heimatlandes.“ (Zubehörender Beifall.) — Aber nicht genug damit; an den Herzog von Braunschweig wurde noch folgendes Telegramm geschickt: „Zweitausend treue hannoveraner und hannoveranerinnen aus allen Ecken der hannoverschen Heimat. . . senden unter dem Eindruck der erhebenden Feier Eurer königlichen Hoheit und dem gesamten königlichen Hause begeisterten die Versicherung unaussprechlicher Liebe und Treue. Gott schütze unser Königshaus und sein treues Volk.“

B. Die Kundgebung für Fortführung der Sozialreform. Bei der Kundgebung für die Fortführung der Sozialreform, die von der Gesellschaft für Soziale Reform am nächsten Sonntag mittags 12 Uhr in der Neuen Welt, Berlin, veranstaltet wird, werden außer dem Staatsminister Dr. Freiherrn v. Hertefeld und Professor Dr. Ernst Fraenkel, Staatsminister Graf Posadowski, M. d. R., Professor Dr. Gustav v. Schmoller, Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg sowie Führer sozialpolitischer Korporationen Ansprachen halten. Auch verschiedene Fraktionen des Reichstags werden durch Mitglieder, die sich zu Ansprachen bereit erklärt haben, vertreten sein. Der Kundgebung geht am 9. Mai eine außerordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform voraus. Auf dieser Tagung wird das Koalitionsrecht durch Professor Dr. Kehler (Jena), der Erfinderschutzes durch Reichstagsabgeordneten Justizrat Dr. Well erörtert. Außerdem werden über dringende Forderungen an die Sozialpolitik Erklärungen von Vertretern der Bureaubeamten, Gas- und Wasserwerke, Krankenkassen, der technischen und künstlerischen Berufe abgegeben werden. Auch zu dieser Versammlung ist der Eintritt frei für jedermann.

— Genossen als Arbeitgeber. Die „Textilarbeiterzeitung“ veröffentlicht ein Schreiben der Leitung des unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Konsumvereins in Dortmund, das ein bezeichnendes Schlaglicht auf den „Unternehmerstandpunkt“ wirft, den die Sozialdemokraten einnehmen, wenn sie in die Lage kommen, Arbeitgeber zu spielen. Der Brief lautet: „Der von Fräulein E. S. dortselbst nachgesuchte Urlaub, 1/2 Tag, am 6. Dezember 1913, wird hiermit bewilligt. Sie wollen Fräulein E. gest. Mitteilung hierüber machen. Den Lohn für diese Zeit im Betrage von 0.67 M. wollen Sie gest. bei der Lohnzahlung in Abzug bringen. Die Zeit der Abwesenheit des Fräuleins E. ist auf dem Monatsbericht unter der Rubrik „gefehltes Personal“ aufzuführen. Dieses Schreiben wollen Sie der Monatsrechnung ebenfalls beifügen. Mit Gruß! Konsum- und Sparverein Dortmund-Hamm. E. G. m. b. H. gez. H. Wärtner.“ — Urlaubsgewährung unter der Lohnzahlung! Und dann die Lohnhöhe: 1/2 Tag 67 Pf. der Tageslohn beträgt darum wohl 1.35 M. Ein netter Vorgeschaß vom Zukunftstaat!

dv. Eine Abam-Napierstiftung wurde aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums der Polonisationsarbeit Napierstiftung in Oberschlesien gegründet. Diese Stiftung soll für Zwecke der polnischen Studierenden Jugend und zwar für die „Unterrichtshilfe“ bestimmt werden.

sh. Zum Deutschen Lehrertag. Die bedeutendste Berufsorganisation der Deutschen Lehrerschaft, der Deutsche Lehrerverein, tritt zu Pfingsten in Kiel nach zweijähriger Pause zu seiner Hauptversammlung zusammen, zu der bereits jetzt über 8000 Lehrer und Freunde der Schule aus allen Teilen des Reiches angemeldet sind. Die Tagesordnung umfaßt eine ganze Reihe nicht nur der Lehrer als Fachmann interessierender wichtiger Fragen. Als Hauptthema der Tagung sind

folgende bestimmt: „Die nationale Einheitschule“. Hierüber wird der bekannte Schulmann Oberstudientrat Dr. Reichensperger (München) sprechen. Das zweite Thema lautet: „Droht unserer Schularbeit die Gefahr der Veräußerlichung und wie ist ihr zu begegnen?“ Referent hierüber ist Lehrer Brunotte (Hannover), der Redakteur der „Hannoverschen Schulzeitung“. Aber das dritte Thema: „Der Deutsche Lehrerverein und die pädagogische Wissenschaft“ spricht Seminarlehrer Dr. Seyfert (Hildesheim). Nach dem bereits vorliegenden Jahresbericht hat der Deutsche Lehrerverein auch im Berichtsjahre eine erfreuliche Entwicklung genommen. Er zählt jetzt 47 Zweigvereine mit 2118 Einzelvereinen, die zusammen 120 788 Mitglieder umfassen. Als letzter Zweigverein haben sich die deutschen Koloniallehrer dem Deutschen Lehrerverein angeschlossen. Der Bericht bedauert, daß sich die Hoffnungen, mit denen die deutsche Lehrerschaft in das Jahr hineinging, nicht erfüllt hätten. Der Gedanke der großen Zeit vor hundert Jahren, daß ein Staat nur bestehen könne durch gemeinsame Erziehung und Bildung der gesamten Nation, sei in unserer Zeit in Vergessenheit geraten, denn die deutsche Schule sei jetzt im wesentlichen nur Konfessions- und Standeschule. Diese beiden Tatsachen, die immer reißender durchgeführte Konfessionalisierung unserer Volksschule und die ständig zunehmende Verklüftung unseres Bildungswesens seien auch der tiefere Grund, warum man an den in Betracht kommenden Stellen den Forderungen der Lehrerschaft so abweisend gegenüberstehe. In den großen Fragen der Lehrerbildung, der amtlichen Stellung und der sozialen Einschätzung der Lehrer sei ein nennenswerter Fortschritt nicht erreicht worden. Der Druck bürokratischer Bevormundung habe gegen früher eher zu als abgenommen. Die in Preußen geplante Einbeziehung der Schulverwaltung in die allgemeine Landesverwaltung lasse befürchten, daß durch eine solche Reform die Schule in ein neues Bevormundungsverhältnis hineingerate, das neben anderem auch die politische Freiheit des Lehrerstandes bedroht.

— Der Verband deutscher Eisenbahn-Handwerker und -arbeiter, die älteste und weitläufigste deutsche Staatsarbeiterorganisation, hält in diesem Jahre einen ordentlichen Delegiertenkongress in den Tagen vom 18. bis 21. Juni in Hamburg ab und verbindet damit die Feier seines 25jährigen Bestehens. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Vorträge von Adolf Dammsch über „Staatsbedienstete, Bodenreform und Wohnungswesen“, und von Geh. Regierungsrat Dr. Rose über „Volkswirtschaft“. Außerdem soll zu der bekannten Regierungserklärung gegenüber der Forderung eines Staatsarbeiterrechts und zu dem heutigen Stande der Sozialpolitik Stellung genommen und in einer besonderen öffentlichen Kundgebung die Stellung der Staatsarbeitererschaft innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung präzisiert werden. Mehrere bürgerliche Parlamentarier haben ihr Erscheinen zu dieser Tagung bereits zugesagt. Der mehr als 100 000 Mitglieder zählende Verband steht bekanntlich unter der Leitung des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Jäger.

Heer und Flotte.

— Fliegeroffiziere der Kriegsakademie. Bei der Kriegsakademie ist in diesem Jahre zum erstenmal die Einrichtung getroffen worden, daß Offiziere in den Zwischenkursen zur Ausbildung im Fliegerdienst den verschiedenen deutschen Flugplätzen zugeteilt werden. Die hierdurch veräumte Übung bei einer der bereiteten Waffen wird mit Schluß des dritten Lehrjahres nachgeholt.

Der dritte Marine-Luftkrieger. Der neue Marine-Luftkrieger „L. 3“ soll jetzt die ersten Probefahrten mit der auf „Sachsen“ und „Danja“ in den letzten Monaten ausgebildeten Besatzung vornehmen. Sie ist zu diesem Zweck bereits von Fährbühnen nach Friedrichshafen abgegangen. Die Führung des Luftkriegers soll Kapitänleutnant Frick übernehmen, dem als erster Offizier Oberleutnant zur See Frhr. v. Treusch von Buttlar-Brandenburg (Hort) und als technischer Leiter Marine-Ingenieur Seemann zur Seite steht. Der Krieger hat manche Verbesserungen erhalten, die sich namentlich auf die mit den letzten Kreuzern gemachten Erfahrungen stützen. So ist — das war schon bekannt — eine Tieferlegung der Gondeln und eine größere Sicherheit gegen Funkentfahrungen vorgesehen. Auch soll eine größere Menge Kühlwasser als bisher an Bord genommen werden. Der neue Marine-Luftkrieger wird sich im übrigen der Bauart des „L. 2“ anschließen, der einen Inhalt von 27 000 Kubikmeter aufzuweisen hatte. „L. 2“ war 165 Meter lang („L. 1“ 160 Meter)

und hatte einen Durchmesser von 16 Meter. Vier Rahnbach-Motoren („L. 1“ hatte 3) entwickelten 800 Pferdekraft und gaben dem Luftkrieger eine Geschwindigkeit von 85 Kilometer in der Stunde. Das neue Luftschiff wird noch besser als seine Vorgänger der Witterung Trost zu bieten vermögen. Der Aktionsradius wird mehr als 1700 Kilometer erreichen. „L. 3“ wird voraussichtlich nach dem neuen Flugplatz bei Gargen übergeführt werden.

ape. Die Ausreise der „Karlsruhe“ nach der ostamerikanischen Station. Ende Mai oder Anfang Juni wird die „Karlsruhe“ unter Führung des Fregattenkapitäns Lüdke von Kiel aus die Ausreise nach dem ostamerikanischen Stationsgebiet zur Ablösung der bisher dort befindlichen „Dresden“ antreten. Die „Karlsruhe“ wird sich den Verhältnissen entsprechend zunächst nach der mexikanischen Küste begeben, wo die „Dresden“ zurzeit liegt.

Deutsche Schutzgebiete.

Der ostafrikanische Aufstand vor 25 Jahren. In den nächsten Tagen werden 25 Jahre verflossen sein seit der Erstürmung des Buschiri-Lagers vor Bagamoyo durch die Marine. Nach der im Jahre 1888 erfolgten Hinführung der deutschen Flotte in Ostafrika war an der Küste gegenüber von Sansibar eine Gärung ausgebrochen, die namentlich von den Araberhäuptlingen geschürt wurde, weil diese in der von Deutschland eingeführten Aufhebung des Sklavenhandels eine Verstopfung ihrer Haupteinnahmequelle erblickten. Die Gärung gegen die Deutschen wuchs, als vom Kommando des Kreuzergeschwaders zur wirksamen Bekämpfung des Sklavenhandels im Dezember 1888 die Blockade über die Küste verhängt wurde. An der Blockade nahmen folgende deutsche Kriegsschiffe teil: Kreuzergregatte „Leipzig“ (Flaggschiff), Kreuzerfregatten „Carola“, „Sophie“, „Olga“, Kreuzer „Schwalbe“ und „Röbe“ sowie Aviso „Pfeil“. An der Küste befand sich Major Wismann, dem die aus Eingeborenen gebildete Schutztruppe in Stärke von etwa 800 Köpfen unterstand. Der gefährlichste Aufwiegler war der Häuptling Buschiri, der wiederholt versuchte, die Blockadeflotte zu durchbrechen, und als ihm dies nicht gelang, einen regelrechten Aufstand organisierte. Anfang Januar überfiel er die deutsche Mission in Dar-es-Salaam, mußte aber fliehen und zog sich ins Innere zurück, wo er 4 Stunden von Bagamoyo ein befestigtes Lager errichtete. Die Einnahme dieses Lagers war die Vorbedingung für die Niederschlagung des Aufstandes. Infolgedessen kamen der Geschwaderchef, Konteradmiral Deinhard, und Major Wismann dahin überein, das Lager am 8. Mai zu stürmen. Von den Schiffen des Geschwaders wurde eine vom Korvettenkapitän Dirschberg geführte Landungsdivision gebildet, die sich aus 13 Offizieren, 2 Ärzten und 320 Mann zusammensetzte. Die Division führte 2 Bootskanonen zu 4,7 Zentimeter und ein Schnellfeuergeschütz zu 6 Zentimeter. Die vom Major Wismann befehligte Truppe bestand aus 62 Europäern und 760 Eingeborenen. Am 8. Mai, morgens, vereinigten sich beide Abteilungen bei Bagamoyo und marschierten durch hohes Gras auf unwegsamen Pfaden landeinwärts. Nach vierstündigem Marsch erblickten sie die mit Ballistaden besetzte Buschiri-Schanze und erhielten auf 300 Meter Feuer, das kräftig erwidert wurde. Gegen Mittag wurde das Lager unter lautem „Hurra“ gestürmt. Leutnant Schelle von „Schwalbe“, der als erster in das Lager einbrach, erlitt den Heldentod, ferner fielen noch ein Matrose und 6 Araber. Verwundet wurden von der Marine 2 Matrosen, von der Schutztruppe 1 Hauptmann, 1 Arzt, 1 Dedoffizier und 3 Araber. Buschiri hatte früh genug die Flucht ergriffen und entkam. Mit der Erstürmung war Buschiris Macht gebrochen. Der zweite Häuptling Bana Heri wurde am 6. Juni bei Sandani, das gleichfalls von der Marine beschossen worden war, geschlagen. Die Marine und Wismanns Truppe operierten nun auch fernerhin gemeinschaftlich und eroberten am 8. Juli Pangani und am 10. Juli Tanga. Hiermit war der Aufstand endlich niedergeschlagen und die Schiffe des Geschwaders konnten bis auf „Carola“ und „Schwalbe“, die den Schutzdienst übernahmen, die Küste wieder verlassen.

Die Arbeiterfrage in Kamerun. Eine Lösung der Arbeiterfrage für Pflanzungen im Sinne der letzten Reichstagsbeschlüsse plant das Gouvernement von Kamerun. Wie die „Deutsche Post“ erfährt, wird beabsichtigt, um die immer mehr zunehmenden Schwierigkeiten bei der Bedienung des Arbeiterbedarfs für die Pflanzungen zu beheben, Arbeiter aus dem Innern auf Pflanzungsland und in der Nähe von

begleitete. Bald schmunzelte „Serr gutt“, und nach Verarbeitung der Rollen lehrten wir ins Speisezimmer zurück.

Aus seiner siegesgewissen Miene entnahmen Norsteborgs, die ja in unsern Plan eingeweiht waren, daß die Vorstellung beginne, und Frau Lina meinte mit gespielter Behelligkeit: „Ja, dänken Sie sich, Doktorchen, Strindbergs sein Koffer ist auf dem Bahnhof Friedrichstraße festgewiesen.“ — „Wirdlich gestohlen?“ antwortete ich zweifelnd — „haben Sie denn schon auf dem Hundbüro angekragt?“ — „Düster winkte Strindberg ab, als sei die letzte Hoffnung entflammen.“ — „Wart kann wissen!“ Und der Pole stimmte seine Gitarre. „Ach ja! Spielen Sie!“ antwortete Frau Lina, und Przjki deutete auf mich: „Hier herrsche freier Vagabund, aus Käfig ausgeschlüpft, muß fliegen — ich begleite — singen toter Volkslied schwedisches mit Text deutsch — fährst verfaßt von deutscher Birriter.“ Und sein Präudium leitete die schwedische Weise ein: „Mägdlein hielt Tag und Nacht — traurig an dem Spinnrad Nacht . . .“ An des Polen Seite sang ich die improvisierten Verse: „Strindberg hielt Tag und Nacht — grübelnd an dem Schreißlied Nacht . . .“ Ich schilderte seine Sehnsucht nach dem Dänischen God, wie er in Paris das alchimistische Rezept zu Papier gebracht habe und siegesgewiß gen Osten gereist sei, um mit seinem Freunde Olof im verdächtigsten Freibergs ganze Klumpen Goldes zu bereiten. Tremolierend begann ich, wie ihm dicht vor dem Ziel ein Berliner Spitzhunde den Koffer samt dem Goldrezept gestohlen habe und wie er diese Untat wohl noch übertrumpfe, indem er die Manuskriptblätter als Fälschung für seine Tabakspfeife verwende . . . In tiefer Schwermut schloß das Lied unter hartfender Begleitung: „Hoffe, Alchimiste mein! Morgen kommt der Koffer dein!“ — Strindberg sann, die Jahre rann — nie doch kam der Koffer an! Da sah nun der Goldmacher am Grabe seiner Hoffnungen und gewählte die Bodenmaschine. War bei den ersten Strophen ein gequältes Lächeln über sein Gesicht geschlichen, so rann jetzt eine wahrhaftige Zähre herab.

Da war es an der Zeit, das grausame Spiel in Wohlgefallen aufzulösen. Auf einen Wink des Polen öffnete Präzki die Tür — und sich, auf einem Schmel stand der betrauerte Koffer, mit Tannenteis umkränzt, mit brennenden

Lichtlein bestückt, daß man meinen konnte, es sei hier Weihnachtserleuchtung. Ungläubig staunend starrte Strindberg auf den Koffer und auf das heilende Manuskript, streifte die Anwesenden mit einem durchbohrenden Blick und schloß mit triumphalem zum Koffer. Aufleuchtenden Auges ergriff er das Manuskript, blätterte hastig darin, drückte es an sein Herz und begann einen stammenden Tanz, den sein Landmann Olof sofort verständnisvoll begleitete.

Von Stund an war Strindberg verwandelt. Seine Augen lächelten kindlich, heimliche Wesen trallerte er vor sich hin, seine mühselige Schwereigamkeit war einer verbindlichen Plianderei gewichen. Nun ließ er auch in sein Inneres blicken. Zur Begründung seiner Lehre von der Goldbereitung führte er an, Gold sei kein Element, es gebe im Naturreich kein starrs Gefängnis, alles entwickelte sich, lasse sich umwandeln. Silber in Gold.

Auf Norsteborgs Zutreden holte Strindberg, der sich Veranlassung zur Malerei zutraute, ein Ölgemälde, mit dem er der unterstehenden Genialität der Elfe seine Huldigung darbringen wollte. Eine Strandinsel wuchs auf bleicher Düne. Silbergrün glomm sie durch die Nacht, als lodere hier ein mythisches Schenken des geringen Standes, zum mühen Silber des Mondes umgewandelt zu werden. Strindberg war bestrahlt, als ich den Cherubinschen Wandersmann gitterte:

„Mensch, was du liebst, in das
Wirst du verwandelt werden:
Gott wirst du, liebst du Gott,
Und Erde, liebst du Erden . . .“

„Oh ja — ja, gewiß“, versicherte Strindberg; „wenn der Mensch sich transmutiert zu Gott, das ist oberste Alchimie.“ Wir war noch ein ähnlicher Spruch desselben Mystikers eingefallen:

„Die Goldheit macht Gold,
Die Gottheit macht Gott —
Wirst du nicht eins mit ihr,
So bleibst du Blei und Kott!“

Strindberg wurde wieder tiefinnig und meinte fast düster: „Blei und Kott! Ja, das sind wir — wollen aber nicht

bleiben so! Und die einsame Silberbüchel — wissen Sie, was die ist? Unsere Schlußfucht.“ Seufzend fügte er hinzu: „Und ist meine Dornenkrone — ja — ja!“

Was nun den Polen betrifft, so schien er die Transmutation seines Wesens mehr auf flüssigen Wege erreichen zu wollen, und Olof vertraute mir die Hypothese an, nach dem Recepte des Cherubinschen Wandersmanns werde dieser Kognakfreund im Himmelreich ein Destillierkolben sein. In dessen bewährte sich rührend der musikalische Adel, der die Söhne Apolls — und Przjki gehörte ja zu ihnen — auch in ihrer Begeisterung irgendwie an das Schöne geknüpft hält. Przjki behauptete, er müsse jetzt unbedingt ein Klavier haben, um die mythische Strandinsel in Tönen zu feiern. Würgens sei es an der Zeit, daß man sich in Wäffener abkühle, und ich solle die Gesellschaft in eine Kneipe führen.

Da selbst die Dame des Hauses geneigt war mitzutun, so zogen wir allesamt ins Waldhaus, wo unter der hingebenden Obhut des dicken Wirtes ein tadellos Urquell bereit war und selbst zu vorgerückter Stunde ein flüssiger Kreis willkommen war. Diese Nachfrucht erquickte auch insofern, als der musikalische Pole dem Klavier seltsame Wellen wühlender Töne entlockte, Schöpfungen Chopins. Von der diabolischen Nachfrucht erwachte ich nur noch, daß Strindberg mit Przjki Schmolliis trau, weil beide den Russen hielten, der die Finnen wie die Polen tyrannisierte. Nun sollte Strindberg ein deutsches Lied nach der Melodie des Chopinschen Trauermarches verfaßt. Nachdem er seine Notizen gemacht, sang er zu den schleppenden Akkorden mit dem Ausdruck heiser Empörung — die Scheinworte wurden durch Stampfen hervorgehoben —:

„Jetzt wollen wir legen einen Schutt zu seinem Grab —
Spreit ihm eure Fläche in den Höllenschlund hinab!
Der Tyrann ist mauertot,
Und zu Ende nützte Not.
Ja, beglücken wir die Freiheit bis ins Morgen-Morgenrot!“

Wär's Sommerzeit gewesen, so hätte in der Tat das Morgenrot zu unserer Freiheit gelauchet; doch mit ihrer langen Finsternis hielt die Winternacht unsre Schwärmerei nachsichtig verhüllt.

Pflanzungen anzufriedeln. Da die Ansiedlung in erster Linie im Interesse der Pflanzungen erfolgen soll, steht das Gouvernement voraus, daß die Pflanzungen das für die Ansiedlung nötige Land in guter Bodenqualität unentgeltlich zur Verfügung stellen. So weit Pflanzungen über geeigneten Boden nicht verfügen, will die Verwaltung etwa vorhandenes Kronland zu entgeltlichen Bedingungen hierzu zur Verfügung stellen. Die Anlage der Siedlung durch Roden des Urwaldes, Bereitstellung der nötigen Stoffe zum Hausbau, Anlage von Farmen für den ersten Bedarf soll durch einen Trupp der Kustfischer genügend lange vorher vorbereitet werden. Die Pflanzungen sollen durch Arbeitergehilfen und Materiallieferung Unterstützung genießen und für Anlage von Brunnen, Verbindungswege usw. sorgen. Auch nach Fertigstellung der Siedlung wird eine gewisse Fürsorge der Pflanzungen, z. B. unentgeltliche ärztliche Behandlung und Bestellung von Heilgehilfen und Heilmitteln in Krankheitsfällen erwartet. Die Vorschläge des Gouvernements sind in Form eines Rundschreibens an die Pflanzungen diesen sowie den Vertretungen der Kaufmannschaft in Kribi und Duala zur Aukerung zugesandt worden.

Ausland.

Frankreich.

Die Aufgaben für das Mittelmeermandat. Paris, 7. Mai. „L'Express“ berichtet, daß dem bevorstehenden Mandat der französischen Mittelmeerflotte zwei Themen zugrunde liegen. Das eine Thema besteht darin, eine feindliche Flotte, welche Marzelle, Toulon, Vichy und Philippville bedrohen könnte, zu zerstören. Das andere Thema besteht in der Aufgabe, eine Vereinigung der italienischen und der österreichischen Flotte zu verhindern, um eine dieser Flotten mit überlegenen Streitkräften angreifen und vernichten zu können.

Neue Angriffe des „Figaro“ auf Cailaung. Paris, 7. Mai. Der „Figaro“ greift heute abermals Cailaung in heftiger Weise an und behauptet u. a., daß dieser sich bemühe, einer ihm ergebenen Persönlichkeit den durch den Tod Pujolais erledigten Posten des Direktors der Staatspolizei zu verschaffen. Das Blatt spricht die Hoffnung aus, daß der Präsident der Republik, über dessen Sicherheit der Direktor der Staatspolizei zu wachen habe, die Bemühungen Cailaungs vereiteln werde.

Ein Wälderstreik? Paris, 7. Mai. Das Syndikat der Wäldergehilfen beschloß, heute in der Arbeiterbörse eine Versammlung abzuhalten, in der über den Antrag beraten werden soll, einen 24stündigen Ausstand anzunehmen, um die unverfügbare Gewährung eines wöchentlichen Ruhetages sowie einer festen Entlohnung von überstündigen festzusetzen.

Rußland.

Türkischer Besuch in Livadia. Petersburg, 6. Mai. Die türkische Regierung beschloß, eine Delegation unter Führung des Großwesirs oder Enver-Paschas nach Livadia zu entsenden. Diesem während des Balkankrieges unterbrochenen traditionellen Jarenbesuch legen russische Politiker besondere Bedeutung für eine türkisch-russische Annäherung bei.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Post und Telegraphie in Wiesbaden im Jahre 1913.

Um es gleich vorweg zu sagen: Wie im gesamten Reichspostgebiet, so hat auch in Wiesbaden die Entwicklung des Verkehrs im Jahre 1913 die darauf gesetzten Hoffnungen nicht voll erfüllt. Während im Jahre 1912 auf allen Gebieten des vielschichtigen Post- und Telegraphenwesens, abgesehen vom Postanweisungswesen, bei dem die rückläufige Bewegung aus Anlaß der Einführung des Postfachdienstes immer noch nicht zum Stillstand gekommen ist, eine zu Teil sehr erhebliche Zunahme festzustellen war, ist die Statistik über die Entwicklung des Verkehrs bei den Postanstalten und dem Telegraphenamt in Wiesbaden im Jahre 1913 weniger einheitlich, und auch da, wo Verkehrssteigerungen eingetreten sind, ist der Prozentfuß der Zunahme fast durchweg niedriger als im Vorjahr. Dies gilt zunächst von der Einnahme an Porto, Telegraphen- und Fernsprechgeldern, die bei einem Gesamtbetrag von 3 325 000 Mark zwar um 128 000 M. höher als 1912 gewesen ist, was indes nur einem Mehr von 4 Prozent entspricht gegenüber 8,1 Prozent Mehreinnahme im Jahre 1912. Die Zahl der in Wiesbaden eingegangenen Briefschaften ist um 5,3 Prozent (6,8 im Vorjahr) auf 26,1 Millionen Stück, diejenige der hier aufgegebenen Briefe usw. um 1,4 Prozent (18,7) auf 20,8 Millionen Stück gestiegen. — Zuverlässiger als die Statistik über den Briefverkehr, deren Unterlage eine nur siebenstägige Zählung im Jahr bildet, ist für die Beurteilung des Geschäftsganges in Handel und Gewerbe und des gesamten wirtschaftlichen Lebens überhaupt diejenige über den Paketverkehr. Bei den gewöhnlichen Paketen hat, wie dies in den letzten Jahren regelmäßig der Fall war, der Verkehr in abgehender Richtung sehr erheblich, nämlich um 86,800 Stück oder 11,6 Prozent zugenommen, wogegen die Zahl der für Empfänger in Wiesbaden angekommenen Pakete um 14 500 Stück = 1,5 Prozent zurückgegangen ist. Im ganzen sind im Vorjahr 970 000 Sendungen hier eingegangen und 835 000 von Wiesbaden abgeschickt worden. Von 1900 bis 1913 hat der Verkehrszuwachs bei den Paketen nach Wiesbaden nur 21 200 Stück oder 2,2 Prozent, bei den von Wiesbaden nach auswärts abgegangenen Sendungen dagegen 200 200 Stück, gleich 31,5 Prozent betragen. Die geringe Zunahme der angekommenen Pakete steht zweifellos mit der Abnahme der Bevölkerungsziffer Wiesbadens (um 3889 Seelen seit 1900) in ursächlichem Zusammenhang. Zum Teil mag sie auch daher rühren, daß durch die Gründung von Einkaufsgesellschaften der Warenbezug in Postpaketen seitens der Kleinkaufleute eingeschränkt worden ist, weil sich bei größeren Sammelbestellungen die Frachtkosten bei Benutzung der Eisenbahn niedriger stellen. Die außerordentlich starke Vermehrung der von hier abgegangenen gewöhnlichen Pakete wird zum überwiegenden Teil — wenn nicht gar ausschließlich — dem Umstand zu verdanken sein, daß sich in den letzten Jahren hier mehrere Firmen angesiedelt haben, die täglich große, von Jahr zu Jahr zunehmende Massen von Postpaketen aufsteuern lassen. Ein Rückschlag auf die Geschäftslage in Wiesbaden im allgemeinen läßt sich daher aus dieser an und für sich erfreulichen Tatsache nicht ziehen. — Die Zahl der Briefe und Pakete mit Wertangabe ist im Vorjahr gegen das Vorjahr um 1120 Stück = 2,5 Prozent; abnehmend um 460 Stück oder 1,2 Prozent, gesunken. Wenn

hier, wie angenommen werden könnte, sich eine Wirkung der immer größeren Einbürgerung des bargebloßen Zahlungsverkehrs bemerkbar machen sollte, so würde man den Rückgang nur freudig begrüßen können. — Radnahmen sind im Jahr 1913 hier 202 000 oder 23 000 = 12,8 Prozent mehr als 1912 eingegangen; ein Beweis, daß sich diese Art der Geldverziehung immer größerer Beliebtheit erfreut. Wie viel Sendungen davon eingelöst an die Abnehmer zurückgegangen sind, was jedenfalls interessant zu wissen wäre, ist aus der Statistik leider nicht zu ersehen. — Die Zahl der angekommenen Postaufträge hält sich seit mehreren Jahren schon ungefähr auf gleicher Höhe (1910: 14 550 Stück, 1913: 14 400 Stück). — Bei dem baren Geldverkehr hat sich die Zahlungsbilanz im Vorjahr insofern ganz erheblich zugunsten Wiesbadens verbessert, als der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf Postanweisungen und Zahlarten mit 53,6 Millionen Mark hinter den Einzahlungen auf Post- und Zahlungsmittel mit 53,8 Millionen Mark nur noch um 200 000 M. zurückbleibt, während 1912 die Einzahlungen den Betrag der Auszahlungen noch um fast 8,2 Millionen Mark überschritten haben (51,2 Millionen Mark Einzahlungen und 43 Millionen Mark Auszahlungen). Der erhöhte Geldumsatz trat ausschließlich bei dem Postgeldverkehr in die Erscheinung, bei dem 3,9 Millionen Mark = 17,4 Prozent mehr ein- und 6,4 Millionen Mark oder 30,5 Prozent mehr ausgezahlt worden sind; dagegen haben sich die Umsätze im Postanweisungswesen im Vorjahr um weitere 2 Millionen Mark vermindert, wovon etwa drei Fünftel auf die Einzahlungen und zwei Fünftel auf die Auszahlungen entfielen. Teilnehmer am Postfachdienst waren Ende Dezember 1913 in Wiesbaden 315 vorhanden. — Die Zahl der von hier abgeschickten Zeitungsnummern ist im Vorjahr um 238 800 auf 7 484 500 angewachsen. — Im Telegrammverkehr ist eine kleine Zunahme zu verzeichnen, die bei den aufgegebenen Telegrammen 3635, bei den eingegangenen 3036 Stück beträgt, wogegen im Fernsprecheverkehr die Zahl der vermittelten Gespräche um rund 1,6 Millionen zurückgegangen ist (1913: 15 Millionen, 1912: 16,6 Millionen). Der starke Rückgang erscheint auf den ersten Blick um so auffälliger, als auch im vergangenen Jahr 495 neue Anschlüsse an das städtische Ortsfernsprechnetz hergestellt worden sind, das Ende Dezember 1913 rund 7500 Teilnehmer zählte. Vielleicht ist des Rätsels Lösung darin zu suchen, daß die 12 Zählstage (je einer in jedem Monat), an denen für die Zwecke dieser statistischen Angabe die Zahl der gegen Pauschgebühr ausgeführten Ortsgespräche ermittelt worden ist, zufällig einen weniger starken Verkehr als 1912 aufzuweisen hatten.

— Modeschau Waquin. Die von der Kurverwaltung beabsichtigte, dann aber infolge der von verschiedenen Seiten erfolgten Opposition wieder fallen gelassene Pariser Modeschau ist nun doch noch in Wiesbaden veranstaltet worden, und zwar — fast klingt es wie Ironie — von einer Mailänder Firma. Das Mailänder Modeschau Hausmann-Wolf hatte für gestern nachmittag in das „Palasthotel“ am Kranzplatz eingeladen, um dort den interessierten Herrschaften beim Tee die phantastischen Modeschöpfungen der Pariser Bekleidungskünstler, zu deren hervorragenden Vertretern Mr. Waquin gehört, vorzuführen. Nur allzu gern waren die Damen, denen das Studium der wechselvollen Modedilder eine angenehme Unterhaltung bedeutet, dieser Aufforderung gefolgt, so daß die umfangreichen Gesellschaftsräume des „Palasthotels“ bis auf den letzten Platz gefüllt waren. Nach den bewundernden Ausrufen der Damen zu schließen, muß das, was die verschiedenen Mannequins mit Grazie und Anstand vorführten, hervorragend und lebenswert gewesen sein. Aber auch der Nichtfachverständige, der das reizvolle Bild einer gut gekleideten Dame gern auf sich wirken läßt und Abweichungen vom Herkömmlichen nicht ohne weiteres als unpassend empfindet, sah sich gerne die mannigfachen Erzeugnisse aus Seide, Colonne, Spitzen und anderen Stoffen an. Dabei ist die für dieses Jahr distillierte Mode recht reizvoll. Empire und Wiedererweckung dominieren im Stil, wobei die lose Raffung des Modes, eine mandorla reiche Rückenverzierung, und bei den Kostümen das entwederte Fräulein lange oder ganz kurze Jackett auffällt. Imponierend sind namentlich die Strahlenkostüme mit dem dolmanartigen Capeüberwurf und dem vorn offenen hohen Stehragen. Überhaupt die Stragen: Sie treten in wechselvollsten Formen, manchmal nur angedeutet, aber immer weit nach hinten geschlagen, wieder. Der Schluß ist bei den Stragenkleidern nur noch durch einen breiten, mit Nischen verzierten Einschnitt angedeutet. Durch die Raffung unterhalb des Knies fällt der Rock in Glodenform auseinander. Die Gesellschaftsroben waren aus schweren Seidenstoffen oder Prokat mit weitem Ausschnitt im Hüften und leichter Raffung gearbeitet. Das alles war recht reizvoll und verfehlte nicht, die Damenwelt wiederholt in helles Entzücken zu versetzen. Und die Mannequins führten mit liebenswürdigem Lächeln immer neue Kostüme vor, so daß bei der Fülle des Gebotenen eine Einzelbeobachtung bald nicht mehr möglich war.

— Technische Beratungsstelle des Gewerbevereins für Nassau. Bezüglich seiner technischen Beratungsstelle macht der Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau in einem Rundschreiben an die Lokalvereine darauf aufmerksam, daß in der Person des Diplom-Ingenieurs G. Engelmann ein technischer Beamter angestellt sei, welcher in technischen und wirtschaftlichen Fragen, nötigenfalls nach Anhörung von Spezialfachverständigen, Rat und Auskunft erteile. Da die Beratungsstelle nach den anderwärts gemachten Erfahrungen am besten durch persönliche Kollaboration mit den Handwerkern und Kleinverarbeitenden ihren Zweck erfüllen könne, und um den Ratsuchenden die Reise nach Wiesbaden zu ersparen, ist der Beamte bereit, die Beteiligten an ihrem Wohnort selbst aufzusuchen. Das werde sich häufig am zweckmäßigsten in Verbindung mit einem Vortrag des Beamten in dem Lokalverein, welcher praktische Fragen aus Technik und Wirtschaft zu behandeln habe, bewerkstelligen lassen. Die Tätigkeit der Beratungsstelle sei für die Vereinsmitglieder in der Regel kostenfrei. Wenn dagegen Nichtmitglieder dieselbe in Anspruch nehmen, so sei eine in ihrer Höhe von Fall zu Fall festzusetzende Gebühr zu entrichten.

— Goldene Hochzeit. Rentant a. D. Penderl, Emser Straße 21, feiert heute mit seiner Ehegattin das Fest der goldenen Hochzeit. Herr Penderl wohnt seit 12 Jahren hier und war seitdem stets Bezogener des „Wiesbadener Tagblatts“.

— Englischer Gottesdienst. Seit mehreren Jahren sendet die „Vereinigte freie Kirche von Schottland“ den Rev. L. Winther Cawie von Oxford an der französischen Riviera nach Wiesbaden zur Abhaltung von Gottesdiensten während den Monaten Mai und Juni. Zu diesem Zweck ist Zimmer 36 im Rathaus reserviert und der Gottesdienst, zu dem die Bürger-schaft Wiesbadens eingeladen ist, findet jeden Sonntagmorgen um 11¼ Uhr statt. Der Text der Predigt für nächsten Son-

tag ist: „Menschliche und göttliche Verzeihung“, und da Herr Cawie ein vorzüglicher Redner, dessen Englisch sehr deutlich und leicht zu verstehen ist, dürfte es für alle diejenigen, welche die englische Sprache erlernen wollen, von großem Vorteil sein, den Gottesdienst im Rathaus zu besuchen.

— Zu den Kaiserparaden. Bei der Kaiserparade, die am 1. Mai im Anwesenheit des Monarchen auf dem Platz vor dem Rathaus stattfindet, werden wieder die Fenster des Bierpils und die darüber liegenden Fenster im ersten Stock vermietet. Der Ertrag ist wohlthätigen Zwecken gewidmet. Bestellungen können jetzt schon im Rathausrestaurant gemacht werden.

— Von der Kirschenreife. Die Hoffnungen auf eine gute Ernte entsprechen lange nicht mehr den infolge des überaus reichen Blütenanlasses begabenen Erwartungen. Die Ursache liegt darin, daß nach Aussage erfahrener Obstzüchter es zu lange gedauert hat, bis nach dem guten Verlauf der Blüte sich die überflüssigen Keld- und Blütenblätter ablösen, so daß die kleinen Insekten sich darin wie in einem Schlupfwinkel bergen und so ihr Zerstörungswerk vollführen konnten. Tatsächlich kann man jetzt bei genauerem Hinsehen eine große Menge kleinerer Kirschen sehen, die angebohrt oder angegriffen und infolgedessen verdorben sind. Bei zeitigem durchdringendem Regen hätten sich die Blüten leicht „putzen“ können, so daß die Insekten sich nicht darin aufhalten hätten können. Auch befürchtet man, daß die zarten Blütenstiele durch den Frost gelitten haben, was sich aber erst später zeigen wird.

— Einfuhr rheinischer Kalblustuten und -Fohlen. Am 22. und 23. Mai veranstaltet die hiesige Landwirtschaftskammer im Verein mit dem Mittelrheinischen Pferdezüchterverein unter den gleichen Voraussetzungen wie in den Vorjahren eine Einfuhr von 2 bis 4-jährigen Kalblustuten und -Stutfohlen aus der Rheinprovinz. Es ist somit den Rühmern Gelegenheit zur Anschaffung erstklassiger Zuchttiere geboten. Zugelassen sind nur Mitglieder der anerkannten Pferdezüchtervereine. Die Anmeldungen zur Beteiligung an der Einfuhr sind unter gleichzeitiger Einreichung des Angebotes bis spätestens 15. Mai d. J. an das Bureau der Landwirtschaftskammer zu richten. Die Teilnahme der Verkäufer an der Einkaufsreise ist erwünscht. Die Käufer erhalten, wenn sie die bezüglichen Bedingungen eingehen, bei freihändiger Abgabe einen Zuschuß von 20 bis 25 Prozent des Kaufpreises.

— Ein verheirateter wahres Geschichtchen, hier in Wiesbaden am 7. Mai 1914 passiert. Ein Lehrling eines größeren Geschäfts geht zur Post, einen Posten Briefmarken zu kaufen. Bei der Ablieferung stellt sich heraus, daß der junge Mann vier Freimarken zu 20 Pf. zu viel erhalten hat. Er wird zur Post zurückgeschickt und gibt dem Beamten seinen Zettel, nach dem er gekauft hat, mit dem Bemerkung: „Die Marken, die ich gekauft habe, stimmen nicht.“ Der Beamte: „Ach, da könnte jeder kommen!“ — „Darf ich dann die 80 Pf. behalten, die ich zu viel bekommen habe?“ — „Nein, die kann ich selbst gebrauchen“, sagt der Beamte, jekt freundlich lächelnd.

— Diebstahl. Dieser Tage drangen Einbrecher in ein Fahrradgeschäft in der Wolmarstraße ein und entwendeten ein Fahrrad, Rennmaschine, mit schwarzem Rahmen, gelben Reifen und rotem Mantel, ferner Batterien, Schläuche, Pedale, Gloden, Speichen, Laternen, Ketten und Mantel, auch plünderten sie Erker und Schränke aus.

Israelitische Gottesdienste. Israelitische Kultus-gemeinde. Synagoge: Michaelsberg. Gottesdienst in der Hauptsynagoge: Freitag: abends 7.15 Uhr. Sabbat: morgens 8.45 Uhr, Predigt 9.45 Uhr, nachmittags Jugendergottesdienst 3 Uhr, abends 8.00 Uhr. Wochenlage: morgens 6.45 Uhr, abends 7.15 Uhr. Die Gemeindefriedhöfe sind geöffnet Dienstag, abends von 8 bis 8.30 Uhr und Donnerstag von 3 bis 4 Uhr.

Israelitische Kultusgemeinde. Synagoge: Friedhofstraße 33. Freitag: abends 7.30 Uhr. Sabbat: morgens 7 Uhr, Nachpach 9.15 Uhr, Portra 10.30 Uhr. Jugendergottesdienst nachmittags 3.15 Uhr, nachmittags 4 Uhr, abends 8.50 Uhr. Wochenlage: morgens 6.45 Uhr, nachm. 6.15 Uhr, abends 8.50 Uhr. Montagmorgen 6.30 Uhr.

Talmud Thora-Verein Wiesbaden. Stiftstraße 3. Sabbat-Eingang 7.30 Uhr, morgens 8.30 Uhr. Pausa 9.30 Uhr. Mincha 4 Uhr. Ausgang 8.50 Uhr. Wochenlag: morgens 6.30 Uhr. Mincha und Schur 8 Uhr. Maariv 8.50 Uhr.

Dorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* Künigliche Schauspiele. Heute geht Rosaria „Don Juan“ neu einstudiert in Szene (Abonnement C). In der Titelrolle gastiert Herr Richard Breitenfeld vom Opernhaus in Frankfurt a. M.; den „Octavio“ singt an Stelle des mit ursprünglichem Akte beurlaubten Herrn Scherer Herr Carl Wierl vom Opernhaus in Frankfurt a. M. Die musikalische Leitung ist Herrn Professor Mannhaebel übertragen worden, die Regie führt Herr Oberregisseur Rebus.

— Verrichtung. Der in der Orgelmusik des Rathauses am letzten Sonntag mitwirkende Bassist, Herr Schwarz, war auf dem Programm irrtümlich als „Tenor“ bezeichnet. Durch ein Versehen war diese Bezeichnung auch in unser Referat übergegangen, — was hiermit berichtigt sei. Der Hinweis auf die Verrichtung des jungen Sängers — sein ausgiebiges Organ, die deutsche Aussprache, auf musikalische Begabung usw. — bleibt davon natürlich unberührt, ebenso wie das gedruckte Referat wegen mancher zurzeit noch bemerkbaren Unfertigkeiten in der Darstellung.

Musik- und Vortragsabende.

* Orgelkonzert in der Marktkirche. Das gestrige Orgelkonzert dem Frau Margarete Dieker-Hüttel und Frau Anna Baum ihre Mitwirkung geliehen, hatte wieder eine recht zahlreiche Zuhörerschaft veranlaßt. Dem Programm lag auch diesmal wieder ein einheitlicher Gedankengang zugrunde: „Ruh dich die Flur“, „Schönheit der Welt“, „Im Frühlingserwachen“, „Wenn die Rosen blühen“ — für alle diese Frühlingserwachen war Frau Dieker-Hüttel mit ihrem schönen jugendlichen Organ die geeignete Interpretin, deren gesicherte Orgeltechnik sich am wirksamsten in der Schöpfungsarie geltend machte. Frau Anna Baum gab mit den Violoncellen von Wiemannski und Mendelssohn recht dankenswerter Proben ihres schönen Talentes. Die drei Orgelkonzerte des Herrn Dieker: „Grand choeur“, „Remont von Handel und Andante von Merkel waren geeignet, die Marktkirchenorgel in möglichst mannigfaltigen Klangkombinationen vorzuführen.

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsversammlungen.

* Am Sonntag, den 10. Mai, hält der „Blau-Kreuz-Verein“ sein Jahresfest um 10 Uhr in der Marktkirche. Festprediger wird Generaluperintendent Ohly sein. An der Nachfeier, die nachmittags pünktlich um 4 Uhr im Saale des Evangelischen Vereinshauses, Blatter Straße 2, stattfinden soll, werden außer dem Festprediger noch Stadtmittler Rabe aus Frankfurt a. M., Stadtmittler Adernann und die beiden Vorstehenden Herr Schüller und Herr Hofmann, sprechen. Der Gesangchor des „Blau-Kreuz-Vereins“ und der Vortragschor des „Christlichen Vereins junger Männer“, Orientstraße, werden im Gottesdienst bzw. in der Nachfeier mitwirken.

Vereinsfeste. (Ankündigung seit 1913 bis 20 Seiten.)

* „Frauenklub Wiesbaden“. „O frühlich Leben an dem Rhein!“ Das war die Devise des prächtigen Frühlingstages, mit welchem der Klub am 2. Mai seine hiesige Winterferien beendete. Frühlingsspiel und lustige Wägen schmückten die bis zum letzten Platz mit einer eleganten Ge-

Beamtenklassen in der Vorlage nicht berücksichtigt werden, auch die anderen nicht erhalten sollen. Dieser Gesichtspunkt, glaube ich, rechtfertigt die dringende Bitte, im Interesse des Zustandekommens der Befolgsordnung Ihren ablehnenden Standpunkt aufzugeben und dem Entwurf der Regierung zuzustimmen.

Abg. Ebert (Soz.): Das Schicksal der Vorlage scheint besiegelt zu sein. Das Manuskript, das in der Tasche der Beamten durch die Polizeikräfte entstanden ist, soll ausgeglichen werden. Es ist mit einer dauernden Lebensmittelleuerung zu rechnen. Es sollten die notwendigen Konsequenzen gezogen werden für die Beamtenkategorien, die im vorigen Jahre nicht berücksichtigt werden konnten. Wir sind nur schwer auf den Boden der Kommissionsbeschlüsse getreten. Nur um eine einstimmige Stellungnahme des Reichstags zu erzielen, haben wir es getan. Ein Zurückweichen ist für uns völlig ausgeschlossen und unmöglich. Wenn der Bundesrat sich ablehnend verhält, so ist dabei seine entschiedene Stellungnahme gegen diesen Reichstag maßgebend.

Wenn Preußen nicht genügend für seine Beamten tut, dann darf sich doch dadurch das Reich von seinem Vorgehen nicht abhalten lassen.

(Präsident Dr. Kaempf): Sie dürfen nicht von einer Mangelhaftigkeit Preußens für seine Beamten sprechen. Ich rufe Sie zur Ordnung. — Große Unruhe links. Hier gilt es, einem tatsächlich bestehenden Notstand abzuhelfen. Wenn es sich, wie hier, um durchaus notwendige und gerechtfertigte Zwecke handelt, dann knüpft die Regierung die Taschen zu und weist den Unterbeamten die Litz. Wir stimmen den Kommissionsbeschlüssen zu.

Abg. Raden (Zentr.): Wir werden trotz der schönen Worte des Staatssekretärs an den Beschlüssen der Kommission festhalten. Daß eine große Mischstimmung unter den Reichsbeamten entsteht, ist selbstverständlich. Alle Parteien haben sich geeinigt, und das ist ein politisches Moment, an dem die Regierung nicht vorbeigehen darf. Wir hoffen zuversichtlich trotz alledem, daß bereits im kommenden Jahre die Regierung sich doch veranlaßt sehen wird, die heutigen Beschlüsse der Kommission anzunehmen, weil die durch den Bundesrat geschaffene Lage unhaltbar ist. Der Bundesrat, der uns zumutet, daß wir umfallen sollen, mag dies seinerseits tun.

Abg. Vassermann (natl.): Auch ich möchte feststellen, daß wir an den Beschlüssen der Kommission festhalten. Die Regierung kann nicht sagen, daß sie einen unbequemen Reichstag hat.

Ich verstehe nicht, wie die Regierung für einen so hochpolitischen Vorgang, wie es die Einigung der Parteien ist, kein Verständnis hat.

(Lebhafter Ruf: Sehr richtig!) Schwerlich wird sich aber jemand finden, der versucht, die Parteien unter ein Joch zu bringen. Wir müssen unseren Wählern Rechenschaft ablegen und ihnen sagen, daß die Verantwortung für das Scheitern der Vorlage auf die Regierung fällt. (Lebhafter Ruf: Sehr richtig!) Gerade weil die Beschlüsse der Kommission so maßvoll und bescheiden sind, dürfen die Beamten nicht enttäuscht werden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Hertel (Fon.): Auch ich bitte, den Beschlüssen der Kommission einstimmig zuzustimmen. Diese Zustimmung ist uns nicht besonders leicht geworden; sie wurde uns aber durch die feste Überzeugung erleichtert, daß das, was wir fordern, maßvoll und begründet ist. Scheitert die Vorlage, dann kommt eine gewaltige Hochflut von Wünschen. Es ist besser, dieser kleinen Vorlage zuzustimmen, als die Hochflut abzuwarten. Wir stimmen den Anträgen und Beschlüssen des Reichstags rückhaltlos zu. Hoffentlich kommt es bis zur dritten Lesung noch zu einer Verständigung.

Staatssekretär Rühs: Es wurde gefragt, wie es käme, daß die Regierung heute so fest bleibt, während sie 1913 bei den Bedingungsanträgen den Wünschen des Reichstags nachgegeben habe. Damals mußte die ganze große Vorlage scheitern, wenn wir nicht nachgegeben hätten.

Aber muß diese Vorlage scheitern, wenn der Reichstag es nicht über sich bringt, sich auf den Standpunkt der Regierung zu stellen?

(Große Heiterkeit.) Prinzipiell haben wir es nie abgelehnt, die gehobenen Unterbeamten besser zu stellen. Es sind sachliche Erwägungen anzustellen, welche Beamtenkategorien berücksichtigt werden. Das erfordert natürlich Zeit. Vorher ist es nicht möglich, den jetzigen Anträgen zuzustimmen. Auf diese Basis könnten wir alle treten.

Abg. Kopsch (Wpt.): Wir wollen auch den Unterbeamten eine Gehaltszulage schaffen, damit sie unabhängig sind bei der Schaffung neuer Stellen. Sicherlich könnte auch Preußen die nötigen Aufwendungen für seine Beamten machen. Preußen speichert ja in dem Ausgleichsfonds viele Millionen auf. „Zur Weisheit“ sollte sich die Regierung dreimal überlegen.

Abg. Schulz-Bromberg (Wpt.) hofft, daß bis zur dritten Lesung noch eine Verständigung gefunden werde, ebenso Abg. Dr. Baerwald (Wpt.).

Abg. Werner-Hersfeld (Wirtsch. Bgg.) erörtert die Gehaltsverhältnisse einzelner Beamtenkategorien, wird aber vom Vizepräsidenten daran gehindert und bittet schließlich um Annahme der Kommissionsbeschlüsse.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen des Abg. Dr. Weill (Soz.) schließt die Diskussion. — Die einzelnen Teile der Vorlage werden in einfacher Abstimmung nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung zum Militäretat.

Kriegsminister v. Falkenhayn: Ich habe festzustellen, daß ich gestern den Abgeordneten Liechtenstein mit seinem Worte genannt habe. Auch meine neuerlichen Informationen haben meine gestrigen Ausführungen über die antimilitaristische Jugendbewegung voll bestätigt. Nur habe ich im Protokoll nicht gefunden, was ich gesagt habe, daß es Aufgabe der Bewegung sei, die Leute mit Ekel und Abscheu gegen den Militarismus zu erfüllen. (Unruhe links.) Durch Spitzelmaterial habe ich diese Nachrichten nicht. Mit derartigen Material befaßt sich die Heeresverwaltung nicht. Es handelt sich um große Berliner Zeitungen, die es gebracht haben, und von sozialdemokratischer Seite ist nicht der geringste Einspruch dagegen erhoben worden.

Die ganze Sache ist ein Streit um Worte. (Große Unruhe.) Wir kommt es aber auf die Sache an, wie sie in dem offiziellen Protokoll charakterisiert ist. Diese Sache hat mir die Pflicht auf, gegen Ihre (zu den Sozialdemokraten) Bewegung mit allen meinen Kräften zu kämpfen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit; Stillsitzen bei den Soz.)

Abg. Stücken (Soz.): Die maßgebenden Kreise hätten den Kriegsminister besser informieren sollen. Er hat das Material aus der Presse des Reichsverbandes gegen die Sozialdemo-

kratie. So lange wir das heutige System des Militarismus haben, wird von Sparsamkeit keine Rede sein können, wenn gleich der Kriegsminister sie verspricht. Die Erklärung des Kriegsministers, daß noch 38 000 junge Leute nach der neuen vermehrten Aushebung überschüssig seien, wird

den Kriegsgeheimern den Anlaß zu einer neuen Heeresvorlage bieten.

Nur durch die Miliz ist die allgemeine Wehrpflicht im Volle denkbar und nur durch sie können die allgemeinen politischen Verhältnisse geändert und erreicht werden, daß die Massen einmal mit Begeisterung gegen den Feind des Vaterlandes ziehen. Wir führen den Kampf gegen den Kriegsminister weiter und werden den Sieg erringen. (Beifall bei den Soz.)

Kriegsminister v. Falkenhayn: Ich habe nicht die Sozialdemokratie unmoralisch genannt, sondern nur das Bestreben, das Heer, das doch zum Schutze des Vaterlandes da ist, zu desorganisieren. Die 38 000 überzähligen beziehen sich auf das letzte Jahr, nicht, wie der Abgeordnete Stücken meint, auf die letzten drei Jahre. Wenn der Abgeordnete Stücken sagte, seit 1875 seien 50 000 Jahre Zucht und Gefängnis verhängt worden, so ist es schade, daß er nicht bis 1783 zurückgegangen ist. Die Zahl wäre noch größer geworden. (Große Heiterkeit.)

Die Selbstmordhysterie bei der Armee für die letzten zehn Jahre beträgt 0,34 pro Tausend, in der Zivilbevölkerung für das Lebensalter von 20 bis 25 Jahren 0,30 pro Tausend.

(Hört! Hört!) Wenn der Vorredner Bezug nahm auf den Wunsch nach neuen Kavallerie-Regimenten, so mache ich darauf aufmerksam, daß es sich lediglich um Divisionsstärke handelt; die Kavallerie-Regimenter sind schon vorhanden. (Große Heiterkeit.)

Nach kurzen Ausführungen der Abg. Astor (Ztr.) und Götting (natl.) sowie einer Erwiderung des Kriegsministers wird verlagert.

In einer persönlichen Bemerkung versucht Abg. Liebknecht unter großer Unruhe die Ausführungen des Kriegsministers zu entkräften und wird, als er diesem Versuchungslosigkeit vorwirft, zur Ordnung gerufen.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. Anfragen, dritte Lesung des Initiativantrages Seck (Ztr.), Fortsetzung der Militärdebatte. — Schluß 1/4 8 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Einiger Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

§ Berlin, 7. Mai.

Am Ministertisch: Kultusminister v. Trott zu Solz. Präsident Graf v. Schwerin-Löwis eröffnet die Sitzung um 11.15 Uhr.

Die Beratung des Kultusrats wird beim Kapitel

„Elementarunterrichtswesen“

fortgesetzt. — Zunächst wird die Debatte über die Schulkassen fortgeführt.

Abg. Gaffel (Fortfchr. Bpt.) begründet den Antrag Kronsohn und Gen. auf Einbringung einer Vorlage zur

Gewährung von erhöhten Staatsbeiträgen zwecks Entlastung der Gemeinden mit Schulkassen und auf Beseitigung der Ungerechtigkeiten und Mängel im Lehrerbefolgungswesen.

Zur Erreichung dieses Zweckes wird in dem Antrag die Vereinfachung der erforderlichen Mittel verlangt. Wir wollen die bestehenden Mängel auf der Grundlage der Verfassung beseitigen, nach welcher die Volksschulkassen von den Gemeinden aufzubringen sind und der Staat durch Zuschüsse eingreift, wo die Gemeinden keine ausreichenden Mittel haben. Für Befolgungsklassen sind wir nicht zu haben. Die Zusammenfassung von Schulverbänden zur gemeinsamen Tragung der Kosten wird vom Gesetzgeber ausdrücklich abgelehnt. Die Einrichtung von Befolgungsklassen würde dem Prinzip der Selbstverwaltung widersprechen. So wäre es eine Ungerechtigkeit, wenn z. B. Berlin für entferntere leistungsschwache Gemeinden die Lasten tragen sollte. Wenn der Staat die persönlichen Schulkassen übernimmt, so würden wir zur Volksschule kommen, die wir ablehnen. Wir erkliden aber in dem kommunalen Charakter der Volksschule ein kostbares Gut, das wir uns nicht rauben lassen wollen. Die Selbstverwaltung auf dem Gebiete der Schule verleiht unserer ganzen städtischen Verwaltung einen idealen Gehalt. Wir halten unseren Antrag für den richtigen Weg. Sollte er abgelehnt werden, so werden wir für den Antrag der Budgetkommission stimmen. In der Erwartung, daß die Selbstverwaltung der Schule nicht angetastet wird. (Beifall links.)

Nach kurzen Ausführungen der Abg. Hirsch (Soz.) und Schmidt (Ztr.) wird die Besprechung geschlossen. Der Antrag Kronsohn wird abgelehnt, der Antrag der Budgetkommission, betreffend den Schulkassenausgleich, einstimmig angenommen. Der Antrag Dr. Krause (Waldenburg), betreffend Ergänzungszuschüsse an Schulverbände, wird der Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die Besprechung über

Lehrerbildung.

Abg. Dr. v. Campe (natl.) begründet seinen Antrag, betreffend die

Zulassung der Volksschullehrer zu dem akademischen Studium, Eröffnung einer höheren Laufbahn (Oberlehrer, Professoren, Direktoren) und organische Verbindung der Volksschule mit den anderen Schularten.

Wenn wir den Lehrern die Möglichkeit einer höheren Bildung geben wollen, so müssen wir davon ausgehen, was für die Schule nützlich und notwendig ist, und nicht die Standesinteressen der Lehrer berücksichtigen. Natürlich soll nicht jeder Lehrer auf die Hochschule geschickt werden, sondern es soll eine Auswahl getroffen werden. Beiträge des Staates für das Studium der Lehrer werden in unserem Antrage nicht gefordert. Wir verlangen das akademische Studium für die höheren Stellen im Elementarunterricht, für Schulpflichtoren, Kreislehrer usw., damit den Lehrern die Laufbahn nach oben erschlossen wird. Die Lehrer haben vielfach hervorragende wissenschaftliche Leistungen aufzuweisen. So hat die Lehrerschaft in Leipzig ein Institut für experimentelle Physiologie geschaffen, das größte, das wir auf diesem Gebiete haben. Der Einwand, daß die seminaristische Vorbildung nicht ausreicht, um ein Universitätsstudium zu ermöglichen, ist nicht stichhaltig. Eine Reihe von Universitätsprofessoren haben erklärt, daß es sehr wohl möglich wäre, die Elementarlehrer zu dem Universitätsstudium zuzulassen. Wir wünschen, daß das Seminar als Fachschule erhalten bleibt. Es muß aber so umgebildet werden, daß ein Übergang zum Universitätsstudium möglich wird. Wir fordern eine organische Verbindung zwischen der Volksschule und den anderen Schularten. Wir sind bestrebt, dem einheitlichen Bildungsideal näher zu

kommen. Wir bitten um Annahme unseres Antrages. (Beifall bei den National Liberalen.)

Abg. Otto-Charlottenburg (Fortfchr. Bpt.) begründet seinen Antrag, die Staatsregierung zu ersuchen, den Volksschullehrern den Eintritt in das akademische Studium in ähnlicher Art zu gestatten, wie dies in anderen Bundesstaaten geschehen ist. Unser Antrag verfolgt den Zweck, die Volksschule zu fördern und die Stellen im Seminar und Schulaufsichtsdienst mit entsprechend vorgebildeten Lehrkräften besetzen zu können.

Es erscheint uns als eine Pflicht, den Volksschullehrern die Pforten der Universität zu öffnen.

Wir hoffen, daß unser Ziel, zu der nationalen Einheitschule für die Lehrerbildung zu gelangen, verwirklicht werde. (Beifall links.)

Abg. Dr. Oes (Ztr.): Wir beantragen, daß die Lehrer für die akademischen Kurse zugelassen werden, wenn sie die erste und zweite Lehrprüfung mit „Gut“ bestanden oder die Mittelschullehrerprüfung abgelegt haben. Wir wollen damit eine Brücke zwischen den Anträgen der National Liberalen und Freikinnigen bauen. Nach unserer Auffassung braucht der Volksschullehrer als solcher kein Akademiker zu sein. Es muß ihm aber die Möglichkeit gegeben werden, die für höhere Stellen im Schulwesen erforderliche Vorbildung sich anzueignen.

Nach kurzen Ausführungen des Abg. Jochhof (Freikons.) bemerkt

Kultusminister v. Trott zu Solz: In der Unterrichts-Kommission wird Gelegenheit sein, über die Anträge weiter zu verhandeln. Die Angelegenheit ist bereits vielfach früher erörtert worden. Ich habe meinen Standpunkt festhielt wiederholt dargelegt. Wir haben bereits seit vier Jahren akademische Kurse für Volksschullehrer in Berlin, München und Posen eingerichtet, die sich gut bewährt haben. Man tut gut, an den bestehenden Kursen festzuhalten. Man solle ruhig die Erfahrung mit diesen Kursen abwarten, ehe man zu einer weiteren Entwicklung der Dinge drängt. Bei der Besetzung von höheren Stellen des Schulwesens wird man natürlich auf die Kursisten zurückgreifen. Es soll aber nicht ein Monopol für diese Kurse geschaffen werden, sondern es sollen auch Lehrer in gehobene Stellen befördert werden, die nicht durch diese Kurse gegangen sind. Ich hoffe, die Herren werden sich in der Kommission davon überzeugen, daß wir bestrebt sind, den Lehrern beim Vorwärtkommen zu helfen, und daß wir ihnen gern Mittel an die Hand geben, sich weiter zu bilden. (Beifall rechts.)

Abg. Gischhoff (Fortfchr. Bpt.): Von dem Antrag v. Campe abzuweichen wir besonders die Förderung einer organischen Verbindung zwischen der Volksschule und den anderen Schularten als eine Vorbedingung für das von uns erstrebte Ziel der Einheitschule.

Abg. Herzog (Wirtsch. Ver.): Die Überfüllung der Universitäten würde noch größer werden, wenn man den Wünschen der Lehrer um Zulassung zu dem akademischen Studium stattgeben wollte. Die Einrichtung der akademischen Kurse halten wir für ausreichend. Wir treten für den konfessionellen Charakter der Volksschule ein.

Abg. v. Campe (natl.): Wir mußten diese Anträge einbringen, weil sie in der vorigen Session unerledigt geblieben sind.

Darauf werden die vorliegenden Anträge der Unterrichts-Kommission überwiesen. Die Weiterberatung wird auf Freitag 11 Uhr verlagert. — Schluß 5 1/2 Uhr.

Letzte Drahtberichte.

Der mexikanische Konflikt.

Trübe Aussichten für die südamerikanische Vermittlung.

△ Mexiko, 7. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die Aussichten über einen Erfolg der südamerikanischen Vermittlung sind infolge der Ablehnung Carranzas, die Feindseligkeiten einzustellen, derart verringert worden, daß die Konferenz in Niagara Falls als hoffnungslos gilt. Die Bevölkerung von Mexico-City ist wegen des Annahmes des Japats in großer Aufregung. Der Rebellenführer drohte, daß er in der Stadt Mexiko eine Guillotine errichten werde, um mit den Anhängern Huertas blutige Abrechnung zu halten.

Fürchterliche Grausamkeiten mexikanischer Rebellen.

Wb. London, 7. Mai. „Daily Chronicle“ meldet aus New York vom 6. Mai: Amerikanische Flüchtlinge, welche aus Veracruz hier eintrafen, erzählten schreckliche Dinge über Unmenschlichkeiten, die sie in Mexiko erlebt haben. Ein Arzt erklärte, Villa und Carranza könnten nur dadurch auf die Treppe der unter ihrem Befehl stehenden wilden Horden rechnen, daß sie ihnen alle Verbrechen und Schandthaten nachsähen. In einem Fall wurde das Haus eines Deutschen überfallen, Vater und Mutter gebunden und die Töchter vor den Augen der Eltern schrecklich mißhandelt. Der Vater wurde schließlich zu Tode gemartert und die Töchter ohnmächtig weggeschleppt.

Die Beihilfe für die Altpensionäre gefährdet.

§ Berlin, 7. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Da vorerst damit gerechnet werden muß, daß die Befolgungsnovelle gescheitert ist, so ist auch die Vorlage über Reichsbeihilfe für die Altpensionäre aufs äußerste gefährdet, da die Reichsregierung bei Nichterledigung des Gesetzes, der sich zurzeit im Bundesrat befindet, verzichten dürfte. Unter diesen Umständen dürfte sich der Bundesrat im Plenum mit dem Entwurf gar nicht erst befassen.

Der Gesetzentwurf betr. die Postdampfersubventionen.

Wb. Berlin, 7. Mai. Die Budgetkommission des Reichstags hat in ihren weiteren Verhandlungen (vergl. gestrige Abend-Ausgabe) den Gesetzentwurf betreffend die Postdampfschiffslinien mit überseeischen Ländern und dazu einen Zentrumsantrag angenommen, der den Reichsminister ermächtigt, die bestehende regelmäßige Postdampferverbindung nach Australien bis zum 31. März 1917 aufrecht zu erhalten und zu subventionieren.

Beweiserhebung über Vassermanns Wahl.

Wb. Berlin, 7. Mai. Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags hat bei der Prüfung der Wahl des Abgeordneten Vassermann Beweiserhebungen beschlossen.

Braunschweig im Festschmuck.

Wb. Braunschweig, 7. Mai. Anlässlich der Laufe des Erbprinzen zieht die Stadt über 20 Fürlichkeiten und Vertreter fürstlicher Laupaten zu Gode. Zur Begrüßung der Gäste hat die Stadt bereits heute reichen Flaggenschmuck angelegt. Wappen und Embleme zieren die Häuser. Das Rathaus ist würdig geschmückt durch lang an der Fassade herabhängende

Lannengelinde mit eingeflochtenen Fahnenbändern. Viele Fremde sind bereits in der Stadt eingetroffen. Als erster der fürstlichen Gäste kam heute vormittag 11½ Uhr Prinz Waldemar von Dänemark auf dem hiesigen Bahnhof an.

Die Klärung der Schulpolitik in Baden.

wb. Karlsruhe, 7. Mai. In der Zweiten Kammer erklärte heute am Schluß der Volkschuldebatten Kultusminister Dr. Böhm: „Ich habe mich gefreut, daß eine Klärung der Schulpolitik eingetreten ist. Die überwiegende Mehrheit des Hauses hat sich für das Volksschulgesetz und den obligatorischen Religionsunterricht ausgesprochen. Sie haben der Regierung gezeigt, daß die Handhabung des Gesetzes eine liberale ist. Ich habe nun Kraft und Freude weiter zu bauen. Jede Einmischung von rechts oder links werde ich zurückweisen. Ich will keine politische Bewegung aufheben, aber ich will verhindern, daß die Politik Einzug in die Schule hält. Und dafür werde ich meine Kraft einsetzen.“

Das deutsch-französische Arrangement betr. die Fremdenlegion.

hd. Paris, 7. Mai. Der „Matin“ veröffentlicht heute eine offenbar offiziöse Note und weist die Erklärungen des Unterstaatssekretärs Zimmermann bezüglich eines Arrangements zwischen Deutschland und Frankreich in Sachen der Fremdenlegion zurück. Das Blatt erklärt: Der Staatssekretär muß wohl falsch unterrichtet worden sein. Abmachungen über den Gegenstand bestehen in keiner Weise. Es handelt sich um Freilassung von jungen Leuten, die sich anwerben ließen, ohne das vorgeschriebene Alter von 18 Jahren erreicht zu haben. Die französischen Militärbehörden gestatten diesen sofortigen Austritt aus der Fremdenlegion, jedoch nicht aus dem französischen Militärverhältnis überhaupt, so daß die jungen Leute unter Umständen zur Erfüllung ihres Engagements verpflichtet für spätere Zeit herangezogen werden können. Die jungen Leute zwischen 18 und 20 Jahren müssen bei ihrem Eintritt in die Legion ein Schriftstück einreichen, das die Erlaubnis der Eltern bzw. der Vormünder enthält. Diese Verfügung hat immer schon bestanden. Infolge verschiedener Zwischenfälle hat das französische Kriegsministerium in einem Zirkular vom Oktober 1913 allen Rekrutierungsbüros der Fremdenlegion jenen Erlaß schriftlich ins Gedächtnis zurückgerufen. Der „Matin“ bemerkt weiter: Das ganze von Herrn Zimmermann angeführte Material über ein deutsch-französisches Arrangement bezüglich der Fremdenlegion befindet sich in dieser Zirkularnote.

Der militärische Sternflug nach Döberitz.

wb. Hannover, 7. Mai. Der militärische Sternflug nach Döberitz, welcher auf Veranlassung der Generalinspektion für das Militär-Kraftfahrwesen am Dienstag von sämtlichen Militärfliegerkationen aus erfolgte, fand heute mit einem Geschwaderflug von Döberitz nach Hannover seinen Abschluß. Von den in Döberitz eingetroffenen Flugzeugen waren heute früh in der Zeit von 7½ bis 8 Uhr 22 gestartet. Von diesen sind 20 bei ziemlich starken Gegenwinden nach einer Fahrt von durchschnittlich drei Stunden auf der Bahnenwalder Heide gelandet. Um 11½ Uhr stand noch die Ankunft von zwei Flugzeugen aus.

Zum Besuch der englischen Mittelmeerflotte in den Adria-Häfen.

Wien, 7. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der Besuch der englischen Mittelmeerflotte, die jetzt für 14 Tage in einem österreichischen Adria-Hafen eingetroffen ist, soll durch einen Besuch eines österreichischen Geschwaders erwidert werden. Wie man in Wien erfährt, haben diese Flottenbesuche in Petersburg starke Verstärkung hervorgerufen.

Freilassung polnischer Studenten.

wb. Warschau, 7. Mai. Die drei letzten wegen der Teilnahme an den Demonstrationen vor dem deutschen Konsulat verurteilten und ihre Strafe noch abbühenden polnischen Studenten haben am den Polizeimeister von Warschau die Bitte gerichtet, sie mit Rücksicht auf die bevorstehenden Examen auf freien Fuß zu setzen. Ihrer Bitte wurde entsprochen.

Zur Katastrophe des Dampfers „Columbien“.

R. Boston, 6. Mai. Die Cunard-Gesellschaft hat von Kapitän Miller von der „Franconia“ folgenden Bericht erhalten: Die „Franconia“ sichtete das gesunkene Boot am Montagmorgen. Die Insassen waren in wenigen Minuten an Bord gebracht. Das Boot enthielt drei Mann und eine Leiche. Sechs der Überlebenden haben schwere Brandwunden erhalten und waren so erschöpft, daß sie in das Hospital gebracht werden mußten. Der Schiffszimmermann, der sich unter den Überlebenden befindet, erzählte, daß das Feuer am Sonntag um Mitternacht ausgebrochen sei. Er begab sich auf das Alarmsignal hin auf Deck, wurde jedoch durch eine Explosion von Bord geschleudert. Er wurde von einem der Boote gerettet. Der Steuermannsmaat berichtet, daß drei Boote flott gemacht wurden, als die Explosion sich ereignete. Er wisse nicht, ob die Boote alle überhaupt abgefahren seien.

R. Ottawa, 7. Mai. Nach einer funktentelegraphischen Meldung, die hier über Cable Island von dem Dampfer „Manhattan“ eingetroffen ist, befanden sich in dem zweiten der von der „Manhattan“ aufgefundenen Boote der „Columbien“ 14 Mann, darunter der Kapitän.

Der Generalfeldzug der spanischen Seeleute.

wb. Madrid, 7. Mai. Infolge des Streiks sind 145 spanische Schiffe in spanischen und ausländischen Häfen außer Betrieb gesetzt. Die afrikanischen Postdampfer sind durch die Ausständigen nicht in den Streik einbezogen worden. In Bilbao herrscht völlige Arbeitsruhe. Ausständigen und Arbeiter beharren auf ihrem Standpunkt. Die Regierung hat ihre Vermittlung angeboten, aber die Arbeiter haben das Angebot zurückgewiesen. Das seemannische Personal aller spanischen Schiffe, auch der spanische Transatlantische Spanische hat telegraphisch seine Teilnahme am Streik erklärt.

Ein Familien drama in Berlin.

wb. Berlin, 7. Mai. In einem Hause der Sächsischen Straße in Wilmersdorf wohnt der 55-jährige Ingenieur Wilhelm Großgortens mit einer 20-jährigen Tochter und einem 13-jährigen Sohn. Die Ehefrau Großgortens ist vor einem halben Jahre gestorben. Deren Tod hatte sich Großgortens so zu Herzen genommen, daß er gemittefrank zu werden befürchtete. Er beschloß daher im Einverständnis mit seinen Kindern, mit diesen zusammen aus dem Leben zu scheiden. Vorgerufen am Abend vergiftete sich die Tochter, gestern Abend der Sohn und in der vergangenen Nacht Großgortens selbst mit Cyanid.

Große Feuersbrünste. wb. Riehlhans, 7. Mai. Hier sind im Judenbierfeld 160 Häuser durch eine Feuersbrunst zerstört worden. wb. Bendin, 7. Mai. Durch eine Feuersbrunst wurden in dem Dorfe Solin 100 Häuser nebst zahlreichen Inventar vernichtet. Drei Kinder sind in den Flammen umgekommen, 800 Einwohner sind obdachlos geworden.

wb. Berlin, 7. Mai. Die amerikanischen Hotelbesitzer sind heute nachmittag nach Dresden weitergefahren.

wb. Braunschweig, 7. Mai. Heute nachmittag kurz vor 10½ Uhr starb hier nach langem schweren Leiden die Witwe des Schriftstellers Wilhelm Raabe im Alter von 79 Jahren.

wb. Port au Prince, 7. Mai. Die Nationalbank hat der Regierung 62 000 Dollar vorgeschossen, um die englische Forderung zu begleichen.

22 = Reklamen. = 22

Dringende Mitteilung an Alle!

Ihr vorzügliches Biofen kann ich nicht dringend genug empfehlen, so gute Dienste hat es mir und meinen Kindern geleistet. Ich trank es zur Stärkung meiner und infolge schlechter Verdauung stark verängstigten Nerven und hatte damit vollen Erfolg. Auch meinen drei etwas schwächlichen Kindern gebe ich Biofen, bei denen ich die sichtbar gute Wirkung ebenfalls wahrnehme, so daß es ständig im Haushalt verwendet wird. Clara Siering, Steint, Bergstraße 16. Unterschrift beglaubigt: 28. 1. 14. Leitner, Rgl. Rotor. Biofen, das Bafet, mehrere Wochen ausreichend. 28. 1. 14. in Apotheken, Drogerien.

Fays Sichte Sodener Mineral-Pastillen sind seit fast 30 Jahren bewährt bei Husten, Heiserkeit, Katarrh der Luftwege etc.

Fays Sichte Sodener Mineral-Pastillen — und nur diese! — werden aus den bekannten, von alters her zur Kur verwendeten Gemeindegewässern No. 3 u. 18 des Bades Soden a. Taunus gewonnen.

Fays Sichte Sodener Mineral-Pastillen müssen Sie verlangen, wenn Sie die wirksamen Salze der genannten Heilquellen haben wollen.

Geheiß zum Preis von 85 Pfg. pro Schachtel zu haben.

Wie alljährlich sind auch vorgestern wieder, diesmal zwei Reservoir-Waggons, enthaltend über

30,000 Liter

J. Rapp's Brindisi,

direkt aus dem Produktionsorte, für die Weingroßhandlung J. Rapp, Hoflieferant, Moritzstraße 31, Zweigverkauftstelle Hengasse 20, hier eingetroffen.

Herr Rapp wird in der Lage sein, seinen Abnehmern auf lange hinaus seine bekannte Spezialmarke in gleich vorzüglicher Qualität liefern zu können.

Handelsteil.

Banken und Geldmarkt.

* 5proz. Bosnisch-Herzegowinische Goldanleihen. In Anbetracht der heute zur Zeichnung gelangenden (in Wiesbaden bei der Dresdner Bank und Bank für Handel und Industrie) 5proz. Bosnisch-Herzegowinischen Goldanleihen dürfte nachstehender, uns von zuständiger Seite zur Verfügung gestellter Auszug aus dem Verwaltungsbericht von Bosnien und Herzegowina für 1913 des österreichisch-ungarischen Finanzministeriums, den wir in Ergänzung des kürzlich veröffentlichten Prospektes wiedergeben, interessieren: Was zunächst das Eisenbahnwesen anbelangt, so wird weitest der größte Teil des Verkehrs in Bosnien und der Herzegowina durch die schmalspurigen Landesbahnen vermittelt, die eine Länge von zusammen 936,5 Kilometer besitzen; daneben sind noch normalspurige Strecken von insgesamt 108,8 Kilometer Länge vorhanden. Die Verkehrsentwicklung zeigt eine ununterbrochene Zunahme, wie aus den nachfolgenden Daten hervorgehen mag. Es stellen sich die

	1897	1902	1907	1912
	Mill. K.	Mill. K.	Mill. K.	Mill. K.
Betriebseinnahmen	4.5	7.7	11.8	18.1
Betriebsausgaben	3.0	5.3	9.2	14.1
Betriebsüberschuß	1.5	2.4	2.6	4.0

Der Erlös der jetzt zur Zeichnung aufgelegten Anleihebeträge dient in der Hauptsache zum Ausbau des bosnisch-herzegowinischen Eisenbahnnetzes. Neben dem Eisenbahnwesen liefern vor allem die Montanindustrie und die Forstwirtschaft den beiden Ländern ansehnliche Einnahmen. Speziell die letztere ist von großer wirtschaftlicher Bedeutung, was mit dem außerordentlichen Waldreichtum der Länder zusammenhängt. Ende 1911 betrug das gesamte Waldland 2 564 970 Hektar oder 50.07 Proz. der gesamten Landesfläche. Von diesen Forsten befinden sich 75.77 Proz. in staatlichem Besitz. Im Jahre 1912 wurden aus den Landesforsten insgesamt 3 605 618 Festmeter im Werte von rund 8½ Millionen Kr. am Stocke abgegeben, sowie ferner durch die Regierungsverwaltungen Holzsortimente mit einem Verkaufswert von rund 1 250 000 Kr. erzeugt. In Verbindung mit der Forstwirtschaft bestehen eine große Anzahl Sägewerke, deren Gesamtinvestitionskosten sich auf rund 11 Millionen Kr. belaufen, wozu noch 38 Millionen Kr. kommen, die in Bringungsanlagen, wie Waldbahnen, Bremsbergen usw., investiert sind. Auch die Holzindustrie ist sehr entwickelt, und die in Bosnien und Herzegowina arbeitenden Gesellschaften gehören mit zu den größten Unternehmungen dieser Art in Europa. Insgesamt sind in den mit der Forstwirtschaft in Verbindung stehenden Betrieben über 21 000 Personen beschäftigt. Der Wert des Exports an Forstprodukten betrug im Jahre 1912 rund 32 Millionen Kr., das sind zusammen fast 25 Proz. des Wertes der gesamten Ausfuhr der beiden Länder. Bemerkenswert ist, daß das wirtschaftlich noch wenig entwickelte Land bereits verhältnismäßig hohe Einkünfte aus der Montanindustrie erzielt, ein Zeichen für die reichen Bodenschätze, die das Land in sich birgt. Der bedeutendste Bergbaubetrieb im Lande ist der Staat, der sich insbesondere die Kohlen- und Eisenerzgewinnung zum größten Teil gesichert hat. Der Gesamtwert der im Jahre 1912 in Bosnien und der Herzegowina gewonnenen Bergbauprodukte betrug rund 6.4 Millionen

Kronen und der Wert der Hüttenprodukte 13.6 Millionen Kr., zusammen 20 Millionen Kr., von denen 13.8 Millionen Kr. auf die staatlichen Betriebe entfallen. Zieht man von den Hüttenprodukten den Wert der verarbeiteten Rohstoffe ab, so stellt sich der reine Wert der Hüttenproduktion auf rund 10 Millionen Kr., was zuzüglich der Bergbauprodukte einen Gesamtwert der Montanproduktion von 16.4 Millionen Kr. ergibt, das sind rund 2 Millionen Kr. oder 13.8 Proz. mehr als im Jahre 1911. In der Landwirtschaft Bosniens und der Herzegowina spielt die Viehzucht eine Hauptrolle; im Herbst 1910 wurden rund 1.5 Millionen Stück Großvieh und 4.5 Millionen Stück Kleinvieh gezählt. Von den Erzeugnissen des Ackerbaues ist speziell der Tabak erwähnenswert. Der rasche Aufschwung des Tabakbaues ermöglichte bereits im Jahre 1888 nicht nur die vollständige Deckung des eigenen Bedarfs der bosnisch-herzegowinischen Tabakregie, sondern auch die Abgabe bosnisch-herzegowinischen Rohabaks an die österreichische und ungarische Regie; seit 1888 konnten alljährlich auch ansehnliche Mengen in das Ausland exportiert werden. Im Jahre 1912 wurden von der Tabakregie rund 40 000 Doppelzentner bosnisch-herzegowinische Rohabake im Werte von fast 5 Millionen Kr. eingelöst. Die Gesamteinnahmen aus dem Tabakmonopol betrugen in dem genannten Jahr rund 19.6 Millionen Kr., denen ein gesamter Kostenaufwand von rund 9 Millionen Kr. gegenübersteht, so daß sich ein Nettoertrag von 10.6 Millionen Kr. ergibt. Am deutlichsten spiegeln sich die wirtschaftlichen und kulturellen Erfolge der bosnisch-herzegowinischen Landesverwaltung in der bedeutenden Erweiterung wider, die das Budget seit der Okkupation erfahren hat. Das erste vollständige Budget von Bosnien-Herzegowina wurde für das Jahr 1880 mit einem Erfordernis von 12 Millionen Kr. und einer Bedeckung von 13 302 000 Kronen aufgestellt. Demgegenüber weist das Budget für das Jahr 1913 Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je rund 98 Millionen Kr. auf. Das Verwaltungserfordernis sowie die Landeseinkünfte haben sich also innerhalb von 33 Jahren um fast 700 Proz. gesteigert. Daß die finanzielle Gehabung des Landes während dieser ganzen Zeit auf einer vorsichtigen und soliden Basis geführt wurde, geht aus dem Umstande hervor, daß sich die jährlichen Landeschlußrechnungen mit ganz geringen Ausnahmen stets aktiv gezeigt haben, so daß die beiden Länder in der Lage waren, die Verwaltungskosten aus den eigenen Einnahmen ohne finanzielle Leistungen der österreichisch-ungarischen Monarchie zu decken.

* Kurse im Reichspostschekverkehr. Wie vom Reichspostamt mitgeteilt wird, wurden für Überweisungen im Postschekverkehr folgende vom 7. Mai ab gültigen Kurse festgesetzt: Überweisungen nach Österreich-Ungarn 100 Kr. = 85.15 M., der Schweiz 100 Fr. = 81.30 M. und Belgien 100 Fr. = 80.95 M.

Berliner Nachbörse.

5 Berlin, 7. Mai. (Per Uchto).			
Kreditaktien	—	Kanada	192½
Hand.-Gesell.	—	Orientbahn	168½
Commerzbank	108½	Mekidional	107½
Darmstädter Bank	117½	Pennsylvania	157½
Deutsche Bank	240½	Henri	153½
Disk.-Kommand.	188—	4½ Russen (1902)	89½
Dresdner Bank	150—	Türkenlose	—
Nationalbank	112½	Amsterd.-Friede	153½
Schaffhausen	109½	Bochumer	218½
Ver. Ind. u. Hdb.	179½	Luxemburger	122½
Lib.-Börsener	—	Gelsenkirchen	178½
Schantungbahn	138½	Harpener	175½
Landbarden	20½	Hollsteinhewer	108½
Anstalt	115½	Lausitzer	130½
Baltische	91½	Phosph	227½
		Rhein. Stahlw.	156½
		Rombacher	152½
		Pakfabrik	127½
		Hamb.-Süd.	158—
		Hamm.-Dampsch.	248½
		Lloyd	211½
		Dynamit-Trust	174½
		Naphtha-Nobel	403—
		Allg. Elektrizität	240½
		D.-Uebersee	174½
		Siemens	—
		Schuckert	145—
		Ges. L. elektr.	—
		Unter	158½
		South-West	—

Frankfurter Nachbörse.

= Frankfurt a. M., 7. Mai. Kurse von 1½ bis 2½ Uhr. Kreditaktien 192½, Disconto-Commandit —, Dresdner Bank 150½, Petersb. Int. Handelsbank —, Staatsbahn 153—, Lombarden 20½, Baltimore und Ohio 91½, Schantung —, Paketfahrt —, Nordl. Lloyd —, Deutsch-Luxemburger 122½, Phönix 227½, Edison 240½.

Berg- und Hüttenwesen.

w. Die Roheisenerzeugung. Berlin, 7. Mai. Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Roheisenerzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats April 1914 insgesamt 1 534 429 Tonnen, gegen 1 603 896 Tonnen im März d. J. und 1 588 701 Tonnen im April 1913. Die Erzeugung während der Monate Januar bis April 1914 stellte sich auf 6 149 600 Tonnen gegen 6 323 386 Tonnen in dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres.

Industrie und Handel.

* Mehlpriiserhöhung. Die Söddeutsche Mühlenvereinigung in Mannheim teilt mit, daß sie den Großhandelspreis für Weizenmehl ab 7. d. M. um 25 Pf. auf 31 M. erhöht hat.

* Der Preis für Kampfer wurde um weitere 10 M. auf 870 M. erhöht.

* Zum Konkurs Wertheim. Berlin, 7. Mai. Zu der gestrigen Gläubigerversammlung im Konkurs der W. Wertheim-G. m. b. H. teilte die Deutsche Palästina-Bank mit, daß nicht sie mit etwa 15 000 000 M. an dem Konkurs beteiligt ist, sondern daß diese Forderung der Handels-Vereinigung A.-G. zusteht.

Verkehrswesen.

* Die Auswanderung über Bremen betrug im April nur 15 321 Personen (gegen 26 803 bezw. 16 370 Personen in beiden Vorjahren). Seit dem 1. Januar bis Ende April stellt sich die Zahl der Auswanderer auf 55 790 gegen 73 022 bezw. 55 293. Auch der Auswandererverkehr über Hamburg zeigt einen stärkeren Rückgang. Im April wanderten über Hamburg aus 12 119 Personen, gegenüber 18 730 Personen im entsprechenden Monat des Vorjahres.

Versicherungswesen.

* Die Viktoria, Allgemeine Versicherungs-A.-G., schlägt auf die Aktie 510 M. (i. V. 450 M.) und die Viktoria, Feuerversicherungs-Gesellschaft, auf die Aktie 225 M. (i. V. 200 M.) Dividende vor.

* Allgemeiner Deutscher Versicherungsverein a. G. in Stuttgart. Vom 1. Januar bis 31. März 1914 wurden 40 594 neue Versicherungsscheine ausgestellt und 20 584 Schadensfälle angemeldet. Die Jahresprämie ist in den drei Abteilungen um 894 618 M. gestiegen und betrug Ende März 37 762 537 M. Am 31. März 1914 waren 956 419 M. Versicherungsscheine in Kraft.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 16 Seiten und die Beilage „Der Roman“.

Verantwortlicher: H. Hegerdorn.

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Hegerdorn; für den literarischen Teil: H. Hegerdorn; für den Sport und Unterhaltung: H. Hegerdorn; für den Handel und Gewerbe: H. Hegerdorn; für den Verkehr: H. Hegerdorn; für den Landwirtschaft: H. Hegerdorn; für den Industrie: H. Hegerdorn; für den Bergbau: H. Hegerdorn; für den Hüttenwesen: H. Hegerdorn; für den Eisen- und Stahlindustrie: H. Hegerdorn; für den Kohlenindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Metallindustrie: H. Hegerdorn; für den Glasindustrie: H. Hegerdorn; für den Keramikindustrie: H. Hegerdorn; für den Porzellanindustrie: H. Hegerdorn; für den Steinindustrie: H. Hegerdorn; für den Zementindustrie: H. Hegerdorn; für den Betonindustrie: H. Hegerdorn; für den Asphaltindustrie: H. Hegerdorn; für den Bitumenindustrie: H. Hegerdorn; für den Kautschukindustrie: H. Hegerdorn; für den Gummiindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Bergbau: H. Hegerdorn; für den Hüttenwesen: H. Hegerdorn; für den Eisen- und Stahlindustrie: H. Hegerdorn; für den Kohlenindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Metallindustrie: H. Hegerdorn; für den Glasindustrie: H. Hegerdorn; für den Keramikindustrie: H. Hegerdorn; für den Porzellanindustrie: H. Hegerdorn; für den Steinindustrie: H. Hegerdorn; für den Zementindustrie: H. Hegerdorn; für den Betonindustrie: H. Hegerdorn; für den Asphaltindustrie: H. Hegerdorn; für den Bitumenindustrie: H. Hegerdorn; für den Kautschukindustrie: H. Hegerdorn; für den Gummiindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Bergbau: H. Hegerdorn; für den Hüttenwesen: H. Hegerdorn; für den Eisen- und Stahlindustrie: H. Hegerdorn; für den Kohlenindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Metallindustrie: H. Hegerdorn; für den Glasindustrie: H. Hegerdorn; für den Keramikindustrie: H. Hegerdorn; für den Porzellanindustrie: H. Hegerdorn; für den Steinindustrie: H. Hegerdorn; für den Zementindustrie: H. Hegerdorn; für den Betonindustrie: H. Hegerdorn; für den Asphaltindustrie: H. Hegerdorn; für den Bitumenindustrie: H. Hegerdorn; für den Kautschukindustrie: H. Hegerdorn; für den Gummiindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Bergbau: H. Hegerdorn; für den Hüttenwesen: H. Hegerdorn; für den Eisen- und Stahlindustrie: H. Hegerdorn; für den Kohlenindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Metallindustrie: H. Hegerdorn; für den Glasindustrie: H. Hegerdorn; für den Keramikindustrie: H. Hegerdorn; für den Porzellanindustrie: H. Hegerdorn; für den Steinindustrie: H. Hegerdorn; für den Zementindustrie: H. Hegerdorn; für den Betonindustrie: H. Hegerdorn; für den Asphaltindustrie: H. Hegerdorn; für den Bitumenindustrie: H. Hegerdorn; für den Kautschukindustrie: H. Hegerdorn; für den Gummiindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Bergbau: H. Hegerdorn; für den Hüttenwesen: H. Hegerdorn; für den Eisen- und Stahlindustrie: H. Hegerdorn; für den Kohlenindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Metallindustrie: H. Hegerdorn; für den Glasindustrie: H. Hegerdorn; für den Keramikindustrie: H. Hegerdorn; für den Porzellanindustrie: H. Hegerdorn; für den Steinindustrie: H. Hegerdorn; für den Zementindustrie: H. Hegerdorn; für den Betonindustrie: H. Hegerdorn; für den Asphaltindustrie: H. Hegerdorn; für den Bitumenindustrie: H. Hegerdorn; für den Kautschukindustrie: H. Hegerdorn; für den Gummiindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Bergbau: H. Hegerdorn; für den Hüttenwesen: H. Hegerdorn; für den Eisen- und Stahlindustrie: H. Hegerdorn; für den Kohlenindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Metallindustrie: H. Hegerdorn; für den Glasindustrie: H. Hegerdorn; für den Keramikindustrie: H. Hegerdorn; für den Porzellanindustrie: H. Hegerdorn; für den Steinindustrie: H. Hegerdorn; für den Zementindustrie: H. Hegerdorn; für den Betonindustrie: H. Hegerdorn; für den Asphaltindustrie: H. Hegerdorn; für den Bitumenindustrie: H. Hegerdorn; für den Kautschukindustrie: H. Hegerdorn; für den Gummiindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Bergbau: H. Hegerdorn; für den Hüttenwesen: H. Hegerdorn; für den Eisen- und Stahlindustrie: H. Hegerdorn; für den Kohlenindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Metallindustrie: H. Hegerdorn; für den Glasindustrie: H. Hegerdorn; für den Keramikindustrie: H. Hegerdorn; für den Porzellanindustrie: H. Hegerdorn; für den Steinindustrie: H. Hegerdorn; für den Zementindustrie: H. Hegerdorn; für den Betonindustrie: H. Hegerdorn; für den Asphaltindustrie: H. Hegerdorn; für den Bitumenindustrie: H. Hegerdorn; für den Kautschukindustrie: H. Hegerdorn; für den Gummiindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Bergbau: H. Hegerdorn; für den Hüttenwesen: H. Hegerdorn; für den Eisen- und Stahlindustrie: H. Hegerdorn; für den Kohlenindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Metallindustrie: H. Hegerdorn; für den Glasindustrie: H. Hegerdorn; für den Keramikindustrie: H. Hegerdorn; für den Porzellanindustrie: H. Hegerdorn; für den Steinindustrie: H. Hegerdorn; für den Zementindustrie: H. Hegerdorn; für den Betonindustrie: H. Hegerdorn; für den Asphaltindustrie: H. Hegerdorn; für den Bitumenindustrie: H. Hegerdorn; für den Kautschukindustrie: H. Hegerdorn; für den Gummiindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Bergbau: H. Hegerdorn; für den Hüttenwesen: H. Hegerdorn; für den Eisen- und Stahlindustrie: H. Hegerdorn; für den Kohlenindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Metallindustrie: H. Hegerdorn; für den Glasindustrie: H. Hegerdorn; für den Keramikindustrie: H. Hegerdorn; für den Porzellanindustrie: H. Hegerdorn; für den Steinindustrie: H. Hegerdorn; für den Zementindustrie: H. Hegerdorn; für den Betonindustrie: H. Hegerdorn; für den Asphaltindustrie: H. Hegerdorn; für den Bitumenindustrie: H. Hegerdorn; für den Kautschukindustrie: H. Hegerdorn; für den Gummiindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Bergbau: H. Hegerdorn; für den Hüttenwesen: H. Hegerdorn; für den Eisen- und Stahlindustrie: H. Hegerdorn; für den Kohlenindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Metallindustrie: H. Hegerdorn; für den Glasindustrie: H. Hegerdorn; für den Keramikindustrie: H. Hegerdorn; für den Porzellanindustrie: H. Hegerdorn; für den Steinindustrie: H. Hegerdorn; für den Zementindustrie: H. Hegerdorn; für den Betonindustrie: H. Hegerdorn; für den Asphaltindustrie: H. Hegerdorn; für den Bitumenindustrie: H. Hegerdorn; für den Kautschukindustrie: H. Hegerdorn; für den Gummiindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Bergbau: H. Hegerdorn; für den Hüttenwesen: H. Hegerdorn; für den Eisen- und Stahlindustrie: H. Hegerdorn; für den Kohlenindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Metallindustrie: H. Hegerdorn; für den Glasindustrie: H. Hegerdorn; für den Keramikindustrie: H. Hegerdorn; für den Porzellanindustrie: H. Hegerdorn; für den Steinindustrie: H. Hegerdorn; für den Zementindustrie: H. Hegerdorn; für den Betonindustrie: H. Hegerdorn; für den Asphaltindustrie: H. Hegerdorn; für den Bitumenindustrie: H. Hegerdorn; für den Kautschukindustrie: H. Hegerdorn; für den Gummiindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Bergbau: H. Hegerdorn; für den Hüttenwesen: H. Hegerdorn; für den Eisen- und Stahlindustrie: H. Hegerdorn; für den Kohlenindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Metallindustrie: H. Hegerdorn; für den Glasindustrie: H. Hegerdorn; für den Keramikindustrie: H. Hegerdorn; für den Porzellanindustrie: H. Hegerdorn; für den Steinindustrie: H. Hegerdorn; für den Zementindustrie: H. Hegerdorn; für den Betonindustrie: H. Hegerdorn; für den Asphaltindustrie: H. Hegerdorn; für den Bitumenindustrie: H. Hegerdorn; für den Kautschukindustrie: H. Hegerdorn; für den Gummiindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Bergbau: H. Hegerdorn; für den Hüttenwesen: H. Hegerdorn; für den Eisen- und Stahlindustrie: H. Hegerdorn; für den Kohlenindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Metallindustrie: H. Hegerdorn; für den Glasindustrie: H. Hegerdorn; für den Keramikindustrie: H. Hegerdorn; für den Porzellanindustrie: H. Hegerdorn; für den Steinindustrie: H. Hegerdorn; für den Zementindustrie: H. Hegerdorn; für den Betonindustrie: H. Hegerdorn; für den Asphaltindustrie: H. Hegerdorn; für den Bitumenindustrie: H. Hegerdorn; für den Kautschukindustrie: H. Hegerdorn; für den Gummiindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Bergbau: H. Hegerdorn; für den Hüttenwesen: H. Hegerdorn; für den Eisen- und Stahlindustrie: H. Hegerdorn; für den Kohlenindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Metallindustrie: H. Hegerdorn; für den Glasindustrie: H. Hegerdorn; für den Keramikindustrie: H. Hegerdorn; für den Porzellanindustrie: H. Hegerdorn; für den Steinindustrie: H. Hegerdorn; für den Zementindustrie: H. Hegerdorn; für den Betonindustrie: H. Hegerdorn; für den Asphaltindustrie: H. Hegerdorn; für den Bitumenindustrie: H. Hegerdorn; für den Kautschukindustrie: H. Hegerdorn; für den Gummiindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Bergbau: H. Hegerdorn; für den Hüttenwesen: H. Hegerdorn; für den Eisen- und Stahlindustrie: H. Hegerdorn; für den Kohlenindustrie: H. Hegerdorn; für den Holzindustrie: H. Hegerdorn; für den Papierindustrie: H. Hegerdorn; für den Textilindustrie: H. Hegerdorn; für den Lederindustrie: H. Hegerdorn; für den Metallindustrie: H. Hegerdorn; für den Glasindustrie: H. Hegerdorn; für den Keramikindustrie: H. Hegerdorn; für den Porzellanindustrie: H.

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Vertrieb:

„Tagblatt-Hand“ Nr. 6650-88.
Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, 2.- vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Brutto-Steuer. — Vierteljährlich durch alle deutschen Buchhandlungen, ausserhalb des Reichs durch die Postanstalten. — Einzelhefte 10 Pfg. — Die Abnehmer des Tagesblattes erhalten das Wochenblatt gratis. — Die Abnehmer des Wochenblattes erhalten das Tagesblatt gratis. — Die Abnehmer beider Ausgaben erhalten das Wochenblatt gratis. — Die Abnehmer des Wochenblattes erhalten das Tagesblatt gratis. — Die Abnehmer beider Ausgaben erhalten das Wochenblatt gratis.



Anzeigen-Preis für die Reihe: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in rubricierter Spalte; 20 Pfg. in beiden abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pfg. für lokale Kleinanzeigen; 2 Pfg. für auswärtige Kleinanzeigen. — Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Vereinbarung. — Bei wiederholter Aufnahme ununterbrochener Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Rabatte.

Anzeigen-Konten: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags, für die Morgen-Ausgabe bis 6 Uhr nachmittags. — Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Glienickerstr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgerichteten Tagen und Plätzen wird keine Gebühr erhoben.

Freitag, 8. Mai 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 214. • 62. Jahrgang.

Die gefährdete Besoldungs-novelle.

Der Reichstag hat gestern das außerordentlich seltsame, dafür aber um so erfreulichere Bild absoluter Einmütigkeit geboten. Noch erfreulicher wäre es freilich gewesen, wenn diese Einmütigkeit sich auch auf die Verbündeten Regierungen erstreckt hätte. Aber diese standen abseits — in vollkommener, wenn auch nicht gerade glänzender Isoliertheit.

Der ganze Reichstag gegen die Regierung — ein Schauspiel, das in dieser Art wohl auch nur in Deutschland möglich ist, ohne daß die Männer der Regierung irgendwelche Konsequenzen zu ziehen genötigt sind! Nur in unseren halbkonstitutionellen Zuständen ist es begründet, daß eine Regierung sich dem völlig einmütigen Willen des mitentscheidenden Faktors der Gesetzgebung, des zuständigen Parlaments, widersetzt und eine Vorlage scheitern läßt, gegen welche die Regierung selbst, wie sie gestern ausdrücklich erklären ließ, prinzipielle Bedenken nicht hat. Wenn die Regierung den wenig willkommenen Mut aufbrachte, sich gegen die Auffassung des gesamten Reichstags aufzulehnen und dadurch die Gefahr heraufzubeschwören, daß Tausende und Abertausende von Beamtenfamilien, die auf eine wohlverdienende Gehaltszulage gehofft hatten, wider Erwarten völlig leer ausgehen, so ist die Regierung hierbei nicht von tiefgehenden sachlichen Motiven geleitet gewesen und auch kaum von finanziellen Beweggründen — denn die Gelder für die von der Kommission geplanten weiteren Aufbesserungen würden sich beschaffen lassen —, sondern von der Angst vor „weiteren Konsequenzen“. Die Regierung befürchtet, daß den jetzigen Aufbesserungen sich alsbald die Wünsche noch nicht berücksichtigter Beamtenkategorien anschließen würden, und dieser Eventualität will sie vorbeugen. Man wird nicht behaupten können, daß diese Präventivpolitik einen erhebenden und überzeugenden Eindruck macht. Der Schachfretär Kuhn, dessen an sich so sympathische Art ihm ein gewisses Wohlwollen des Hauses stets sichert, wird sich nicht darüber täuschen können, daß er gestern eine außerordentliche unglückliche Rolle spielte und mit seinem Versuch, die Verantwortung von der Regierung auf den Reichstag abzuschieben, weder auf diesen noch auf die weitere Öffentlichkeit irgend einen Eindruck machen konnte.

Die Redner der verschiedenen Parteien haben den strikten Nachweis erbracht, daß die Beschlüsse der Budgetkommission keineswegs ein vernünftiges Maß überschreiten. Wenn die Regierung selbst die Aufbesserung der vom Reichstag noch hinzugezogenen Unterbeamten in gehobenen Dienststellungen, Telegraphisten bei der Reichseisenbahnverwaltung, Lokomotivführer bei der Seeresverwaltung usw. nicht ein für allemal ablehnte, sondern bis auf spätere Zeit verschiebe, so hätte sie doch die maßvolle Art des Reichstags anerkennen können, die nicht noch andere Beamtenklassen hinzuzog. Die Beschlüsse des Reichstags konnten sehr wohl als Kompromiß zwischen der Regierungsvorlage und den noch viel weitergehenden Wünschen berechtigter Art aufgefaßt und demgemäß von der Regierung gewürdigt werden. Wenn sie das nicht tat, sondern auf dem Schein ihrer ursprünglichen Vorlage eigenständig beharrte, so hat sie damit den Beweis erbracht, wie wenig sie das Denken und Fühlen in den Beamtenkreisen erkennt und wie sehr sie glaubt, auch einem einmütig

vorgehenden Reichstag ihre Richtsichtigkeit zeigen zu können. Eine Regierung, die aus tief empfundenen prinzipiellen Gegensätzen sich gegen Beschlüsse des Parlaments stemmt, kann unter Umständen Respekt für sich beanspruchen. Eine Regierung aber, die ohne einen prinzipiellen Gegensatz wahrlich nicht unberechtigte Wünsche des Parlaments beiseite schiebt, kann nichts anderes erwarten, als daß dieses Parlament ihr gegebenenfalls auch mit der denkbar kühnsten Reserve gegenübersteht und Wünsche unerfüllt läßt, deren Durchführung vielleicht der Regierung sehr erwünscht wäre. Wie es in den Wald hineinschallt, so schallt es heraus. Die Regierung trägt die Schuld, wenn sich das Verhältnis zwischen den beiden maßgebenden Faktoren der Reichsgesetzgebung noch weiter verschlechtert.

Bis zur dritten Lesung hat die Regierung nun Zeit, in etwaigen Verhandlungen mit den Parteien zu verhandeln, daß einer großen Zahl von Beamten, die sich bereits auf ihre Aufbesserung gefreut hatten, bitteres und ungerechtfertigtes Leid zugefügt wird.

Zur Sache der Altpensionäre.

In einem an die „Kölnische Zeitung“ Nr. 455 gerichteten Schreiben des Generals der Infanterie von Boemister über das Gesetz über Zuwendungen an Altpensionäre hieß es: „Nach geltendem Recht gewährt das Gesetz den Beamten und Offizieren unter bestimmten Voraussetzungen eine Pension nach Maßgabe der Dienstzeit und des zuletzt bezogenen Dienstverdienstes.“ Jede Abweichung von diesem Grundsatz hält er für ein „Unglück“, zumal mit Rücksicht auf die auch für die Kommunalbeamten logischerweise zu ziehenden Folgerungen und die dadurch in das ganze Pensionsrecht hineingetragene Unsicherheit. Der Verfasser verhält sich also ablehnend gegenüber der angestrebten Forderung, daß die Pension der Altpensionäre angesichts der veränderten Zeitverhältnisse nach dem Pensionsgesetz von 1906 festgesetzt werde. Vom Standpunkte nüchternster Logik mag man dieser Auffassung eine gewisse Berechtigung nicht verweigern, wie auch zugegeben werden muß, „daß das grundsätzliche Verlassen der in allen pensionsrechtlichen Vorschriften enthaltenen Festsetzungen Millionen einmaliger und dauernder Mehrkosten verursachen würde.“ Demgegenüber ist andererseits doch auch die Frage erlaubt: weshalb traf man überhaupt neue gesetzliche Bestimmungen betreffs der Regelung der Pensionsverhältnisse? Doch offenbar deshalb, weil die alten Bestimmungen, die alten Sätze den veränderten Lebensverhältnissen nicht mehr genügend Rechnung trugen, nicht mehr zeitgemäß waren. Dies zugegeben, erscheint es nicht minder logisch, daß man auch den Altpensionären, die dieselben Ansprüche ans Leben machen, daher dieselben Aufwendungen zu leisten haben, die Vorteile der neuen Gesetzgebung gewährt. Dieser Erwägung scheint v. B. nicht nähergetreten zu sein. In der in Rede stehenden Angelegenheit möchte ich zudem den Satz geltend machen: „Keine Regel ohne Ausnahme.“ Selbst der Gesetzgeber denkt unter Umständen weniger streng: gewährt er doch neben der „nach Maßgabe der Dienstzeit und des zuletzt bezogenen Dienstverdienstes festgesetzten Pension“ noch besondere Zulagen: Kriegszulage, Verwundungszulage usw. Striktes Festhalten an dem Buchstaben der angezogenen Bestimmung scheint mir weder angebracht noch berechtigt, am wenigsten den Altpensionären gegenüber, welche die

Feldzüge mitgemacht und zu des Reiches Macht und Herrlichkeit beigetragen haben. Diese dürften eine, wenn auch a u s n a h m s w e i s e Berücksichtigung zweifellos verdienen. Von unbegrenzter Staatsbelastung und „unerlösten Ausgaben“ würde da keine Rede sein können. Die in Frage kommenden Summen würden vielmehr, entsprechend dem Abgang der betr. Altpensionäre zur großen Arme, immer kleiner werden, um in absehbarer Zeit gänzlich aus dem Etat zu verschwinden. General v. B. hat zweifellos ein fühlendes Herz für seine früheren Kameraden, aber die bloße Vertröstung darauf, „daß die Heeresverwaltung alles tun wird, um das Gesetz für die Altpensionäre günstig zu gestalten“, hat keinen realen Wert. Es soll kein Almosen sein, was die Altpensionäre mit Recht erstreben, sondern eine gesetzlich geregelte Aufbesserung ihrer verdienten Pension, und gerade deshalb erscheint mir die Gleichstellung der Altpensionäre mit den Neupensionären die würdigste Form, die Lage der ersteren zu verbessern. Leider liegt die Befürchtung nahe, daß durch die erwähnte Veröffentlichung in der „Kölnischen Zeitung“ die Sache der Altpensionäre — wenn auch ungewollt — nichts weniger als gefördert wurde.

Dr. Baehren, Generaloberarzt a. D.

Eine Bittschrift an den Bundesrat.

In derselben Angelegenheit hat jetzt, wie uns weiter mitgeteilt wird, der Zentralverband pensionierter Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten sowie Lehrer eine Bittschrift an den Bundesrat gerichtet, in welcher betont wird, daß die nach dem betreffenden Gesetzentwurf auf Antrag und im Falle eines Bedürfnisses zu gewährenden Pensionsbeihilfen (bei 1500 M. 20 Prozent, bei 1500 bis 3000 M. 15 Prozent und bei mehr 10 Prozent) unzulänglich sind und weder den Wünschen der unter der Teuerung und Entwertung des Geldes schwer leidenden Pensionären noch den Beschlüssen des Reichstags entsprechen. Der Bundesrat wird deshalb gebeten, 1. den Entwurf in dieser Fassung die Zustimmung zu versagen. 2. Den Entwurf dahin abzuändern, daß er a) die Pensionen und Hinterbliebenenbezüge gesetzlich erhöht und diese gesetzliche Erhöhung ohne Antrag, ohne Feststellung des Bedürfnisses und ohne Feststellung einer Höchstgrenze gewährt; b) daß, falls eine Gleichstellung mit den Neupensionären zurzeit unmöglich ist, die Pensionserhöhungen bemessen werden in Prozenten nach der Differenz zwischen dem gezahlten Pensionsbeitrag der Altpensionäre und Neupensionäre.

Die Wirren in Mexiko.

Schlechte Aussichten.

* Washington, 8. Mai. Die Hoffnung auf eine friedliche Lösung im mexikanischen Konflikt ist stark im Sinken begriffen. Das Staatsdepartement wurde davon in Kenntnis gesetzt, daß die Rebellen den Angriff auf Durango und Zacatecas begonnen haben. Es steht nunmehr fest, daß Carranza während der Vermittlungsverhandlungen die Feindseligkeiten nicht einstellen wird. Inzwischen gestaltet sich die Lage der noch in Mexiko lebenden Amerikaner immer kritischer. Die antiamerikanische Bewegung im Innern des Landes nimmt täglich an Stärke zu, so daß die im Lande befindlichen amerikanischen Staatsbürger ihres Lebens und Eigentums nicht mehr sicher sind. Große Besorgnis herrscht über das Schicksal von einer aus 10 Köpfen bestehenden amerikanischen Familie namens Smith, die in Tuxtla Gutierrez, der Hauptstadt des Staates Chiapas, gefangen gehalten wird. Man nimmt mit Sicherheit an, daß sie sämtlich hingerichtet werden, weil sie während eines Angriffs, den der mexikanische Pöbel auf ihr Haus unternommen hatte, auf ihre Angreifer geschossen hatten, wobei drei Mexikaner getötet wurden.

Pluten der Zeit, immer mehr suchen sie die Wissenschaft für die großen Aufgaben der Gegenwart fruchtbar zu machen, Männer wie Eucken, Weber, Rorty, Troeltsch, Lamprecht, um nur einige zu nennen, stehen an der Spitze aller Kulturbewegung. Zu diesen Vätern gehört auch Eugen K u h n e m a n n, der Philosoph und Literaturhistoriker, der in seinem neuesten Buch: „Vom Weltreich des deutschen Geistes“ (Neben und Aufsätze, C. F. Weyhe Verlagbuchhandlung, Oskar Weg, München.) den Gebildeten der Nation Wertvolles aus seiner geistigen Welt erschließt. Was diesen vollendeten und inhaltreichen Reden und Aufsätzen Einheitsfärberei verleiht, dem Titel an. Es ist dem Verfasser eine heilige Überzeugung, daß der Gedanke des deutschen Geistes, eben jener nur der Sache dienende Idealismus, wie ihn jüngst erst so schön auch Eucken und verkündete, eine Kulturmacht bedeutet, die nun auch dazu bestimmt ist, ihre Mission bei anderen Völkern zu erfüllen. Wie dieser Gedanke in den großen Geistern Deutschlands eine mächtige innere Macht sich aufbaute, so soll er das Weltreich der deutschen Kultur auch durch Wirken nach außen hin begründen. Das ist unsere große Pflicht unter den Völkern. Ein stolzes Bewußtsein, das gerade jetzt so kraftvoll betont werden muß, wo in der großen Gärung unserer Tage dieser deutsche Gedanke verloren zu gehen droht, das bei schwachen Geistern in Chauvinismus und Eitelkeit ausarten kann, das aber bei dem besonnenen Forscher die neue

Feuilleton.

Aus Kunst und Leben.

* Futuristische Plastik. Der Futurismus, der seinen Eifer bisher in erster Linie auf Malerei, Dichtkunst und Musik beschränkte, beginnt nun, einem längst empfundenen Bedürfnis entsprechend, auch die Plastik zu reformieren, und zwar mit frisch fröhlichen Taten, an denen sich zurzeit die britische Hauptstadt ergötzt. Signor Marinetti ist dieser Tage in London eingetroffen und stellt sich bei dieser Gelegenheit als schaffender plastischer Künstler vor. In den Doré-Galerien, die sich gasförmig den Zukunftskünstlern als Londoner Wanderschaft zur Verfügung gestellt haben, hängt von der Decke des großen Hauptraumes ein gar wunderliches Gebilde herab. Es ist auf den ersten Blick einem riesenhaften langbeinigen Insekt nicht unähnlich; erst beim genaueren Hinsehen kommt man auf die Vermutung, daß es sich hier um das Holzgerüst einer künftigen Gipsstatue handeln muß, die voraussichtlich die Gestalt eines häufig dahinfliegenden Menschen zu verkörpern haben wird. Allein auch diese Vermutung erweist sich als irrig; diese zusammengeknallten edigen Ratten sind bereits herrliche Exemplare: sind ein plastisches Selbstbildnis des Signor Marinetti. Die Ratten sind die „dynamische Versammlung der Objekte“, die in ihrer Ver-

einigung Hülle und Wesen des Zukunftsführers verkörpern. Das Material, aus dem dieses Werk futuristischer Bildhauerkunst gefertigt wurde, besteht aus Holzplatten, einer kleinen Zigarettenschachtel, die die Stelle des Kopfes einnimmt, einer Kleiderbürste, die anscheinend den Hals andeutet, einigen roten Streichhölzern und einer Anzahl zerhackter Astspitzen. Daneben gewahrt man eine zweite Plastik, zu deren Schöpfung Marinetti die Hilfe eines aktiveren Geistes anrufen mußte. Den vereinten Bemühungen von Marinetti und Cangiullo entsprang dieses plastische Porträt der „Mademoiselle Alice Chopard“. Als Material zur Wiedergabe der Porträtkünstlerin, ihrer Seele und ihres Hausrates dienten ein japanischer Fächer, zwei Zigaretten mit Aschenbecken, zwei papierne Zigarettenstängel, ein buntes Stück Stein, ein Fächer Spitze und ein Stück Band. Und das, so führte Marinetti aus, ist von größerem ästhetischem Werte als Rodins „Denker“ ...

* Vom Weltreich des deutschen Geistes. Das Bild des weltfremden, zerstreuten Professors, wie es Gustav Freytag einst in seinem Roman darstellte und die Witzblätter tausendmal ironisierten, daßi längst nicht mehr auf den akademischen Lehrer unserer Zeit, ebensowenig aber jenes Bild, das einst Schopenhauer zornvoll schuf, das des engberzig an der Tradition festhaltenden, das Große und Neue grämlich abweisenden Bedanten. Unsere Professoren stehen mitten drin in dem

Carranzas' Erfolge.

wb. Washington, 7. Mai. Carranzas' Abneigung, einen Waffenstillstand anzunehmen, erklärt sich durch die von ihm berichteten Erfolge gegen Huertan's Truppen, die etwa 3000 Mann Bundesstruppen bei San Luis Potosi, wobei 1800 Mann gefangen genommen und eine Menge Waffen und Munition erbeutet wurden, 1700 Gefangene bei Acapanea und Tepic mit weiteren Mengen von Waffen und Munition, Wegnahme von Goldgeschmücken und Artillerie-Munition bei dem Angriff auf eine aus Monterrey fliehende Kolonne. Die Vertreter der Konstitutionalisten in Washington prophezeien ganz bestimmt die Eingeschließung der Stadt Mexiko binnen Monatsfrist, wenn die Erfolge in dieser Art andauern.

Magatlan erobert?

wb. Los Angeles, 7. Mai. Der hiesige Vertreter Carranzas hat eine Depesche erhalten, daß die Rebellen Magatlan eingenommen haben.

Eine weitere vernichtende Niederlage der mexikanischen Bundesstruppen.

* New York, 8. Mai. Ein hier eingelaufenes Telegramm vom amerikanischen Kreuzer „California“ besagt, daß die gesamte Garnison der Bundesstruppen von Acapanea im Staate Tepic vernichtet oder gefangen genommen worden sei. Die Rebellen marschieren unaufhaltsam vorwärts und ihre Vorposten sind bereits bis Durango bei Saltillo vorgedrungen.

Seeresverhältnisse der Union.

wb. Washington, 7. Mai. Im Senat brachte Chamberlain, der Vorsitzende des Militär-Ausschusses, eine Resolution ein, die den Präsidenten ermächtigt, die Stärke des stehenden Heeres über die geschätzte Zahl von 100 000 hinaus zu vermehren, da die augenblicklichen Umstände die größte Kraftentwicklung des Heeres der Vereinigten Staaten erfordern könnten.

Der Papst zu den Friedensbemühungen Südamerikas.

wb. Rom, 7. Mai. Der päpstliche Gesandte beim päpstlichen Stuhl hatte mit dem Kardinal Merry del Val eine Unterredung über die Lage Mexikos und die Mediation zugunsten des Friedens. Der Kardinal sandte an den Erzbischof von Mexiko ein Telegramm folgenden Inhalts: Der Papst gibt seinen lebhaften Wünschen für das hochherzige Eintreten der drei südamerikanischen Republiken zugunsten des Friedens Ausdruck, welches eine wirksame Förderung für die Bemühungen zur Wiederherstellung der Ruhe und des Wohlstandes Mexikos darstellt. Der Papst würde sich sehr freuen, wenn diese Wünsche und Gefühle dem Präsidenten und den einflussreichen Persönlichkeiten in Mexiko mitgeteilt würden.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Prinz Heinrich von Preußen ist in Begleitung seines persönlichen Adjutanten Kapitänleutnants v. Tolsa Mittwochabend nach London abgereist.

* Der Kaiser in Karlsruhe. Der Kaiser und die Kaiserin sind mit Gefolge gestern nachmittags 4,30 Uhr im Sonderzuge, von Süden kommend, in Karlsruhe eingetroffen. Auf dem Bahnhof hatten sich zum Empfang eingefunden: das Großherzogpaar von Baden, das Prinzenpaar Max von Baden, der kommandierende General des 14. Armeekorps von Göttingen, gen. Huene, der preussische Gesandte v. Eisenbecher, der Amtsvorstand Geh. Oberregierungsrat Dr. Seidenadel u. a. Nach herzlichster Begrüßung führten die Herrschaften trotz des herrschenden Regens im offenen Wagen durch ein Spalier von Vereinen und Schulkindern, welche die Majestäten herzlich begrüßten, nach dem Residenzschloß. Am Schloßportal des Residenzschlosses wurden die Herrschaften von der Großherzogin Luise von Baden und dem Hofstaat empfangen. Das Großherzogpaar wohnte mit dem deutschen Kaiserpaar abends im Großherzoglichen Hoftheater der Vorstellung von Richard Wagners „Fliegende Holländer“ bei. (Vergl. „Letzte Nachrichten“).

* Der Dank des Kronprinzen. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgende Bekanntmachung: „Auch in diesem Jahre sind dem Kronprinzen zu seinem Geburtstag wieder aus allen Teilen des Reiches und auch vielfach aus dem Ausland so überaus zahlreiche Glückwünsche zugegangen, daß es ihm leider nicht möglich ist, jeden einzelnen zu beantworten. Der Kronprinz hat daher das Hofmarschallamt beauftragt, allen denen, die seiner am 6. Mai so freundlich gedacht haben, hierdurch höchstseinen besten Dank zu übermitteln.“

* Zu den Braunschweiger Tauffestlichkeiten. Zur Teilnahme an den bevorstehenden Tauffestlichkeiten sind gestern nachmittags 2½ Uhr die Herzogin Thyra von Cumberland und die Prinzessin Olga hier eingetroffen. Das Herzogpaar war zum Empfang auf dem Bahnhof erschienen. Nach außerordentlich herzlichster Begrüßung der höchsten Herrschaften und

Vorstellung der beiderseitigen Gefolge und Begleitung bestiegen den ersten Wagen, Bierzug, der Herzog und die Herzogin-Mutter, den zweiten Wagen, gleichfalls Bierzug, die Herzogin und die Prinzessin Olga.

* Bundesratsbeschlüsse. Der Bundesrat überließ den Gesandten über die Kapitulation der Eisenbahnen den zuständigen Ausschüssen; der Vorlage, betreffend die Verlängerung des Handels- und Schiffsverkehrs mit der Türkei, wurde zugestimmt. Beschluß gefaßt wurde über die Vorlage, betreffend den Vollzug des § 63 des Versicherungsgesetzes für Angestellte, die Vorlage, betreffend die Ausführung der § 518 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung, die Vorlage, betreffend die Verwendung von Überschüssen aus dem Sondervermögen der Landesversicherungsanstalt in Kosen gemäß § 1400 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung sowie über das deutsch-japanische Abkommen zum gegenseitigen Schutze des gewerblichen und geistigen Eigentums in China.

* Falsche Gerüchte über angebliche Franzosenaufstufungen aus Elsaß-Lothringen. Der Pariser „Matin“ brachte aus Berlin gestern die Meldung, die neue elsass-lothringische Regierung beabsichtige, alle in Elsaß-Lothringen wohnenden Franzosen auszuweisen. — Dazu meldet die Agentur Havas in einer Depesche aus Straßburg: Die hiesige Regierung erklärt, daß die Nachricht, wonach allen Franzosen die Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis verweigert werden würde, absolut unbegründet ist. Eine solche Maßregel ist durchaus undurchführbar. Es liegt nicht in der Absicht der augenblicklichen Regierung, eine solche Maßregel zu ergreifen, die eine vernichtende Wirkung haben würde. Mehrere Franzosen im Elsaß, von denen man Auskunft erbat, erklärten, daß sie keinen Ausweisungsbefehl bisher erhalten hätten.

* Das Wehrbeitragsergebnis. Der Wehrbeitrag in Duisburg und Umgebung begiffert sich auf 4 Millionen Mark. — Der Wehrbeitrag im Stadtkreis Trier beläuft sich auf 830 000 M., im Landkreise auf 111 000 M.

* Der Konflikt an der Berliner Handelshochschule. Der Streit an der Handelshochschule dauert fort. Das Dozentenkollegium hat gestern wieder stundenlang über die Sachlage beraten. Die Beschlüsse werden vorläufig geheim gehalten. Es wird voraussichtlich die Aufsichtsbehörde in den nächsten Tagen versuchen, den leidigen Zustand aus der Welt zu schaffen.

* Eine Beleidigungsklage Poljakows gegen Berliner Redakteure. Der russische Marinekapitän Poljakow, der, wie erinnerlich, von der Kölner Polizei irrtümlich für einen Taschendieb gehalten, festgenommen worden war und in Untersuchungshaft gehalten wurde, wobei die Beamten nicht korrekt verfahren sind und die Reichsregierung sich entschuldigt hat, hat jetzt, wie die „B. R. N.“ erzählen, gegen den Chefredakteur und den verantwortlichen Redakteur der Berliner „Post“ eine Beleidigungsklage wegen Beleidigung eingeleitet, weil das Blatt noch nach der Freilassung des Kapitän geschrieben hat, es sei so gut wie erwiesen, daß er für einen Augenblick seine Hände in einer Tasche gehabt hat, die ihm nicht gehörte, und weil er als ein diebstahliger, in flagranti ergriffener Kapitän bezeichnet worden war.

* Die Rückkehr der in Rußland verurteilten Luftschiffer. Gestern abend um 7,25 Uhr sind die in Rußland mehrere Monate gefangen gehaltenen deutschen Luftschiffer, der Ingenieur Hans Berliner und seine Leidensgenossen Haase und Nicolai, über Ostfriesland wieder in Berlin eingetroffen. Auf dem Schlesischen Bahnhof, wo sich einige Freunde der Luftschiffer eingefunden hatten, wurde während des Zugankommens eine Willkommensfeier gemacht. Dann ging die Reise bis zum Bahnhof Friedrichstraße, wo sie von den Mitgliedern des Berliner Vereins für Luftschiffahrt empfangen wurden. Auch zahlreiche Freunde, Bekannte und Verwandte der Luftschiffer hatten sich eingestellt und bereiteten den Ankommenden einen herzlichen Empfang. Allen drei sieht man die überstandenen Strapazen nur wenig an. Berliner erklärte, daß das Kartenmaterial, das er auf der Fahrt mit sich führte und auf das sich wesentlich die russischen Behörden als Beweismittel stützten, in jeder Buchhandlung käuflich sei. Einen photographischen Apparat, der im Urteil erwähnt worden sei, hätten sie überhaupt nicht an Bord gehabt. Berliner erklärte, daß das Urteil der Sachverständigen, auf das ihre Verurteilung im wesentlichen erfolgte, auf gänzlich falschen Voraussetzungen basiere. Die Ballonfahrt wurde in der Nacht zurückgelegt. Eine Beobachtung aus der Luft sei also nahezu unmöglich gewesen. Verdächtig sei es den russischen Behörden vorgekommen, daß sie aus Unachtsamkeit über Straßen und Bahnhöfe hätten einige Fragen gestellt hätten. Der Ballon, der dem Berliner Verein für Luftschiffahrt gehört, befindet sich noch in den Händen der russischen Behörden. Was die Behandlung der Luftschiffer in Rußland betrifft, die ihnen seitens der Polizei und der Gerichte zuteil wurde, so konnten sie nicht klagen. Der Deutsche Luftfahrerverband beabsichtigt, ein Verfahren auf Herausgabe des Ballons „E. S.“, der sein Eigentum ist und einen Wert von 10 000 M. repräsentiert, anzustrengen.

Parlamentarisches.

Die Dampferkonventionen in der Budgetkommission. Über die (in der heutigen Morgen-Ausgabe) bereits kurz gemeldeten Verhandlungen ist ergänzend noch folgendes zu berichten: Der Berichterstatter hat ein ungesichertes Gefühl, ob die Kürzung der Unterstützung des Reiches nicht eine Schädigung der Schifffahrt mit sich bringen werde. Die ostasiatische Linie habe sich doch bisher nur mit Hilfe dieser Unterstützung halten können und andere Staaten hätten noch viele höhere Unterstützungen gezahlt. Wenn der „Norddeutsche Lloyd“ trotzdem unter Verbesserung der Leistungen die Linie ohne Unterstützung weiterführen wolle, so liege der Gedanke nahe, daß die Konkurrenz darauf gedrückt habe. — Ministerialdirektor Dr. v. Jonquieres erklärte, daß anfangs nur ein einziges Angebot eingegangen gewesen wäre. Es ergab sich, daß eine gutgeleitete Reederei den Betrieb ohne Unterstützung leiten könne und die Folge war eine Störung in den Verhandlungen mit dem Lloyd. Auf einen langfristigen Vertrag von 15 Jahren wollte niemand eingehen. Ein wunder Punkt ist natürlich die Aufgabe der Austral-Linie, die sehr befruchtend auf unsere Schifffahrt und unseren Handel gewirkt hat. Sie vermochte aber den berechtigten Anforderungen des Verkehrs doch nicht zu genügen. In der Post- und Passagierbeförderung blieb sie hinter den englischen Linien zurück. Der „Lloyd“ hat erklärt, er könne eine verbesserte australische Linie unter zehn Millionen Mark Unterstützung nicht einrichten. Der Vorschlag, die Austral-Linie in Verbindung mit der Samoa-Linie wiederherzustellen, ist viel zu bage, daselbst gilt von der etwaigen Heranziehung des Panamakanals. Die Verwendung von farbigen Seizen auf den Postdampfern ist nicht zu vermeiden. — Der Berichterstatter bezeichnete es als erwünscht, daß die Austral-Linie erhalten bleibe. Ihre Erhaltung sei besonders zu wünschen im Hinblick auf die Änderungen im pazifischen Meere, die sich jetzt vorbereiten. — Der Staatssekretär des Innern bemerkte, daß auch die Reichsverwaltung sich wiederholt mit der Frage der Einwirkung des Panamakanals auf die deutsche Handelschifffahrt beschäftigt habe. — Der Staatssekretär des Kolonialamts befürwortete die Subvention der Samoa-Linie vom nationalen und vom wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte aus. — Der Staatssekretär des Innern erklärte, es sei hierüber verhandelt, aber nichts erreicht worden. Ebenso war eine Ermäßigung der geforderten 10 Millionen bei einer Verbindung der Linien nicht zu erlangen. Ein Antrag mehrerer Parteien will die Regierung ermächtigen, den regelmäßigen Auslandsdienst unter angemessener Reichsbeihilfe bis 1916 weiterzuführen. Der Staatssekretär des Innern meinte, der Antrag werde auf große Schwierigkeiten stoßen. Der Reichsfinanzsekretär hielt ihn für undurchführbar. Ein Zentrumsmitglied meinte: „Nachdem sich Sagoy und Lloyd geeinigt haben, führen die Verhandlungen vielleicht doch zu einem Erfolge. Das Transportverbot für Bolle und Seefreierfleisch muß aufhören.“ Ein Konservativer erklärte sich auch im Namen seiner Freunde für die Aufhebung des Transportverbots. — Ministerialdirektor v. Jonquieres: „Wenn der Antrag angenommen wird, haben wir in 1½ Jahren dieselben Schwierigkeiten wie heute.“ — Inzwischen war ein Zentrumsantrag eingegangen, der für die Missionare bei den vom Reich unterstützten Dampferlinien freie Ausreise forderte. Der Antrag wurde angenommen, ebenso der Antrag, betreffend die Austral-Linie, und dann das ganze Gesetz.

Das Sonntagsruhegesetz in der Kommission. In der gestrigen Beratung des 24. Ausschusses des Reichstags über die Sonntagsruhe für das übrige Handelsgewerbe wurde entsprechend dem Verständigungsantrag der bürgerlichen Parteien die Beschäftigung für Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Festtagen verboten. Ebenso wurde u. a. die Bestimmung der Vorlage, das Gesetz auf die in Versicherungs- und verwandten Institutionen beschäftigten Beamten auszuweiten, angenommen. In der Abstimmung, bei der sich 8 Mitglieder enthielten, wurde die Fassung der Vorlage mit 17 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Bei den Vorschlägen über den Umfang der Gültigkeit des Gesetzes wurde der Verständigungsantrag angenommen. Der Rest des Gesetzes wurde angenommen. Damit ist die erste Lesung beendet.

Zur zweiten Beratung des Militärrechts beantragten die Reichstagsabgeordneten Erzberger, Gothein, Biesing, List, Ehlingsen, Müller-Reinigen und Schiffer-Wagbeurg, die Ansätze für die Kommandanten von Karlsruhe, Darmstadt und Königsberg zu streichen und für Stuttgart als Kommandanten nur einen pensionierten Offizier mit 3852 M. Stellenzulage an Stelle eines aktiven Offiziers mit Gehalt, Dienstzulage und Wohnungsgeldzuschuß anzusetzen.

Die Unterrichtskommission beriet am Mittwochabend zunächst den Antrag Schiffer und Dr. Rubewig (natl.), betr. die religiöse Erziehung der Kinder aus Misch-ehen. Der Antrag, der durch die beiden Antragsteller eingehend begründet wurde, stieß auf lebhaften Widerspruch bei den Vertretern der Unterrichtsverwaltung, die nachzuweisen suchten, daß so viele Verordnungen neben dem allgemeinen Landrecht im preussischen Staate bestünden, daß sich die Sache nicht so kurzerhand erledigen lasse. Weiter wurde der Be-

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Aus Moskau wird gemeldet, daß der berühmte Opernsänger F. Schaljapin unter die Schauspieler gehen will. Bekanntlich plant Ragim Gorki in Moskau ein Theater zu eröffnen, für welches er bereits Künstler engagiert. Schaljapin hat mit ihm ein Engagement abgeschlossen, Gorki hat sich indes verpflichtet, ein Stück zu schreiben, das eine dem Sänger passende Rolle enthalten soll. Schaljapins Fachverkaufung erregt überall Sensation.

Bildende Kunst und Musik. Bei der Begeisterung der Sammlung von Dresdener Porzellan in Christies Auktionslokal in London erzielte ein Tafelaufsatz, der eine ovale Schale mit chinesischen Figuren darstellt, den höchsten bisher gebotenen Preis von 25 740 Mark.

Wissenschaft und Technik. Roosevelt will demnächst vor der königlichen Geographischen Gesellschaft in London eine Vorlesung über seine Expedition halten und die Wichtigkeit einzelner Angaben des englischen Forschers Landor über Inner-Brasilien ansetzen.

Aus London, 7. Mai, wird gemeldet: In Antwerpen hat der König, der Königin und der Prinzessin Mary heute die feierliche Eröffnung des Erweiterungsbau des Britischen Museums statt, der den Namen „König Edward VII. Galerie“ trägt. Auf eine Ansprache des Erzbischofs von Canterbury erwiderte, führte der König aus, daß das Britische Museum nicht nur einen großen Anteil am nationalen Leben habe, sondern auch den Fremden große Vorteile biete.

soje Anerkennung des Großen auch bei anderen Völkern nicht ausschließt. Kühnemann selbst war berufen, dem deutschen Gedanken in der Ferne seine Stätte zu bereiten. Mehrere Male hat er in Amerika von der Herrlichkeit der deutschen Geisteskultur geredet, als Austauschprofessor an der Harvard-Universität in Cambridge (Massachusetts), später als erster Karl-Schurz-Professor an der Staatsuniversität von Wisconsin. Eine ganze Reihe von Aufsätzen dieses Buches geben ein lebendiges Bild dieser Tätigkeit, die alle zukunftsreichen Mächte des deutschen und amerikanischen Geistes zu gemeinsamer Kulturarbeit zu verschmelzen sucht; ein freudiger Optimismus gibt sich überall kund, ein Vertrauen auf die Kraft und die Aufnahme seiner guten Sache, die den begeisterten Lehrer verleiht. So feiert er gemeinsam Karl Schurz und Bismarck, er entwirft ein liebevoll gezeichnetes Bild von der gegenwärtigen Tätigkeit Charles Eliots, des früheren Präsidenten der Harvard-Universität; er schildert uns, wie amerikanische Studenten mit Eifer und Verständnis Gerhart Hauptmanns „Armen Heinrich“ zur Aufführung bringen oder gar das Puppenspiel vom Doktor Faust als lustige Karikatur auf die Agieren. Goethes „Faust“ hat er so vor ernst-aufmerksamen Zuhörern erklärt, Schillers Dramen in Seminarübungen wissenschaftlich erläutert, Einführungen in das moderne Drama oder die deutsche Philosophie gegeben, eine ganze Reihe deutscher Dichtungen, auch aus der unmittelbaren Gegenwart, vorgelesen und interpretiert. Vor neunhundert Lehrern und Schülern hat er Schillers „Lied von der Glocke“ vorgetragen, nachdem wochenlang vorher die Dichtung den Hörern vertraut gemacht worden war. Und wunderbar,

wie der Schillergeist das junge Amerika zu einem Ausbruch elementaren Jubels hinhin. Der Karl-Schurz-Professor hatte sich sehr zusammenzunehmen, denn es gibt Schauspieler, die Jung-Amerika nicht verstehen würde, und die Tränen schossen ihm in die Augen. Es ist etwas Großes, die heranwachsende Jugend eines fremden großen Volkes gebannt zu sehen in jubelnder Bewunderung für unsere hohe Dichtung. Die andere Hälfte dieses Buches bringt zunächst Studien aus dem Geistesleben deutscher Dichter und Denker, wobei denn auch Geistes, die in innigste Beziehung zu unserem Innenleben getreten sind, wie Sokrates, Plato, Rousseau, Tolstoi sich anschließen. Eben da, wo Denken und Dichten sich vereinigen, ist ja das eigentliche Gebiet von Kühnemanns Forschungen gewesen, Herder, Kant, Schiller, Fichte, in deren Geisteswelt er am tiefsten eindrang, stehen im Mittelpunkt. Dann aber greift er auch in die Gegenwart hinein, vergleicht in feinsinniger Parallele Schillers „Tell“ und Hauptmanns „Weber“, sucht unbefangenen Gerhart Hauptmanns „Breslauer Festspiel“ zu würdigen und wendet sich endlich in besonders warm empfundenen Ansprache an die deutsche Jugend, die er warnt vor den Gefahren einseitiger Verstandesbildung und der Annahme eines absparenden Materialismus. Erziehlische Arbeit im höchsten Sinne wird hier in dem ganzen Werk vollbracht; wir wählten kein Buch, das besser geeignet wäre, unserer erwachsenen Jugend zur Führung in die Schatzkammer des deutschen Geistes zu dienen, auch dem reiferen Leser wird es überall tiefere Anregungen spenden, zugleich auch den Genuß eines Geistes vermitteln, dem die innere Klarheit auch die Möglichkeit, feil formvollendeter künstlerischer Darstellung schuf.

schluß, den die Unterrichtskommission vor nicht langer Zeit in bezug auf einen gleichartigen Antrag des Magistrats von Breslau gefaßt hat, und der dahin ging, eine gesetzliche Regelung dieser Frage herbeizuführen, kritisiert. Die Angelegenheit kam nicht zur Entscheidung; in einer späteren Sitzung soll der nationalliberale Antrag zusammen mit dem früheren Beschluß erneut behandelt werden. Die Kommission beschäftigte sich hierauf mit einer Eingabe des Preussischen Vereins für das mittlere Schulwesen auf gesetzliche Regelung der Bezüge der Lehrer, Lehrerinnen und Lehrerinnen an den mittleren Schulen. Der Berichterstatter empfahl Überweisung zur Berücksichtigung, der Regierungsvorstellung machte aber geltend, daß eine gesetzliche Regelung zurzeit nicht tunlich und auch nicht notwendig sei, da die Besoldungsverhältnisse an den meisten Orten durchaus zufriedenstellend seien. Die Kommission beschloß, die Petition der Regierung als Material zu überweisen.

Das Gehmar-Projekt in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses. Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses setzte am Mittwochabend die Beratung des Eisenbahnleihegesetzes fort und nahm einen freikonserativen Antrag an, der die Regierung ersucht, für die Folge bei der Vorbereitung größerer Projekte zur Förderung der inneren Kolonisation die Staatsbahnverwaltung behufs Prüfung der Frage mitheranzuziehen, ob und welche neue Eisenbahnverbindungen zu ihrer wirtschaftlichen Durchführung erforderlich sind. Zu dem Projekt der Gehmar-Linie lagen zwei Petitionen vor, von denen die eine die Herstellung einer Eisenbahnverbindung von Hamburg nach Kopenhagen über Gehmar-Land verlangt, während die andere darum vorstellte, die Bahn nicht über Gehmar, sondern über Hamburg zu führen. Die Rechte und das Zentrum beantragten, angesichts der zahllosen dringenden Bauausgaben der Eisenbahnverwaltung und angesichts der Höhe der jetzigen Anleihebeträge, die zurzeit eine weitere Belastung der Staatsfinanzen mit nicht dringlichen Projekten unerwünscht erscheinen ließen, und ferner mit Rücksicht auf die Nachteile, die der Staat und dem überwiegenden Teil Schleswig-Holsteins durch die Gehmar-Linie erwachsen würden, und in Anerkennung der Notwendigkeit des vorliegenden Projektes Altona-Neumünster über die erste Petition zur Tagesordnung überzugehen, dagegen die zweite der Regierung als Material zu überweisen. Beide Anträge fanden Annahme. Richtig dürfte die neue Linie nicht über Gehmar, sondern über Kiel-Norßor gebaut werden. Im Anschluß hieran wurde die Bahn Altona-Neumünster genehmigt.

Heer und Flotte.

Ein Kanonier tödlich verunglückt. Brandenburg, 8. Mai. Bei einer Übung des Feldartillerie-Regiments Nr. 8 überschlug sich die Lafette eines Geschützes und begrub einen Soldaten unter sich. Der auf dem Geschütz stehende Kanonier wurde so schwer verletzt, daß er auf der Stelle tot war. Der Kanonier Bede wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Garfonslazarett verbracht. In seinem Aufkommen wird gezwweifelt.

Große militärische Geschwaderflüge. Hannover, 7. Mai. Über das Schicksal der beiden letzten Flugzeuge des Geschwaderfluges Döberitz-Hannover, die bis auf die um 11.30 Uhr vormittags festgesetzte Zeit nicht eingetroffen waren, ist noch zu melden, daß das eine noch in der festgesetzten Zeit hier gelandet ist, während das andere bei Blochhorst im Kreise eines Kollisionsunfalls voran und nach dem Wiederanstieg einen Propellerbruch erlitt, so daß es mit einem Automobil nach Hannover geschafft werden mußte.

Deutsche Schutzgebiete.

Er mordung eines Weißen in Südwest. Berlin, 8. Mai. Einer Meldung des Gouverneurs von Deutsch-Südwestafrika zufolge ist ein Weißer, der von Tsumeb aus ohne behördliche Erlaubnis das Amboland betrat, in Ondonga von Unkuanhaleuten ermordet worden. Name und Nationalität des Ermordeten sind noch nicht bekannt.

Ein deutscher Journalist im Solbe der Duala-Regierung. Berlin, 7. Mai. Wie die „Kreuzzeitung“ mitteilt, hat sich ein Berliner Pressevertreter im Auftrag und bezahlte von den Duala nach Kamerun begeben, um von dort die Interessen dieser Regierung zu vertreten, deren Behauptungen das Reichskolonialamt als bewusste Unwahrheiten gekennzeichnet hat. Man kann annehmen, daß sich nunmehr die Standesvertretungen mit dieser einzig bestehenden Auffassung von nationaler und journalistischer Pflicht näher befassen werden. Der Journalist soll bereits einen Vorschuß von 1500 M. von den armen Duala erhalten haben.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Ein Wahltag der Deutschfreischwilligen in Tirol. Innsbruck, 7. Mai. Die gestrigen Stichwahlen in Innsbruck und Meran, mit denen die Deutschfreischwilligen ihren Einfluß finden, brachten den Deutschfreischwilligen einen großen Erfolg, obwohl zwischen den Merkmalen und den Sozialdemokraten ein Wahlkompromiß zur gegenseitigen Unterstützung vereinbart worden war. Sämtliche sechs zur Besetzung gelangenden Mandate fielen mit großer Mehrheit den Deutschfreischwilligen zu, die nun in dem kommenden Landtag 17 Abgeordnete entsenden werden. Der Landtag setzt sich ferner zusammen aus 12 Konservativen, 22 Christlichsozialen, 22 Italienisch-Merkmalen, 11 Italienisch-Nationalen, je einem deutschen und einem italienischen Sozialdemokraten. (Möln. Bzg.)

Der Panlawismus und die Delegationen. Budapest, 7. Mai. Im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten der ungarischen Delegation erklärte Wolff (Deutsch-National): Das panlawistische Hochgefühl in den Balkanstaaten läßt eine begriffliche Wirkung auf die österreichischen Slaven aus und trägt die Wertschuld am Scheitern des Ausgleichs in Böhmen und den verschiedenen Obstruktionen der Slaven, besonders der Tschechen. Die außenpolitische Gestaltung der Dinge erhebt im Interesse des Reiches eine Stärkung der Wehrmacht der Monarchie, doch muß endlich eine Regelung der inneren Zustände erfolgen, damit wir imstande sind, die neuen Militärlasten auf uns zu nehmen. Vor allem darf dem deutschen Volk die Freude am Staat nicht zu schwer gemacht werden. Ubrzaf (Tschechisch-Agrarier) protestierte gegen die Verdächtigung, daß die Tschechen Russophilen seien. Die Tschechen würden in ihrem ihnen durch die Obstruktion des böhmischen Landtages aufgewungenen Kampf nicht ermatten. Aramarc (Jungtscheche) erklärte, er dürfe nicht zu den Anhängern des Dreibundes gerechnet werden, wenn er auch zugeben wolle, daß Deutschland in der letzten Kampagne fest

an der Seite Österreich-Ungarns gestanden hat. Der Minister des Äußern Graf Berchtold stellte fest, daß Aramarc mit der Behauptung, das Entgegenkommen der ungarischen Regierung gegenüber den ungarischen Rumänen sei auf Motive der äußeren Politik zurückzuführen, sich vollkommen im Irrtum befinde, da schon Graf Tisza bereits seinerzeit diesen Weg gegenüber den Rumänen eingeschlagen habe und der von Aramarc erwähnte Schritt also nur die Wiederholung der damaligen Bestrebungen bilde.

Die Reise des bayerischen Königspaares nach Ungarn. Brunn, 7. Mai. Das bayerische Königspaar hat mit den beiden Prinzessinnen heute vormittags um 10.10 Uhr Brunn verlassen und im Hofsonderzug die Reise nach Sarvar in Ungarn fortgesetzt. — Steinmanger, 8. Mai. Der König von Bayern ist mit Familie gestern abend in Savar eingetroffen.

Frankreich.

Zur Hissung der deutschen Fahne in Toul. Toul, 8. Mai. Das Gericht hat gestern sein Urteil gegen den ehemaligen Magistratsbeamten Hoßfeld gefällt, der bekanntlich vor einigen Wochen an seinem Hause eine deutsche Flagge gehißt hatte und dadurch zu Unruhen in den Straßen Anlaß gab. Die Anklage richtete sich gestern jedoch nur auf verbotenes Waffentragen und Beleidigung von Beamten. Er erhielt 14 Tage Gefängnis mit Strafausschub.

England.

Das tragikomische Verbrechen der für Ulster eingeschmuggelten Waffen. London, 8. Mai. Im irischen Städtchen Moville in der Grafschaft Donegal wurde gestern nacht das Zeughaus der Ulsterfreiwilligen von den irischen Nationalisten geplündert. Es wurden 200 000 der unter so romantischen Umständen eingeschmuggelten Gewehre geraubt. Als die freiwilligen Mannschaften am Morgen zum Appell antraten, fanden sie die Gewehrläufe auf der Straße liegen.

Prinz Alexander von Teck Generalgouverneur von Kanada. London, 8. Mai. Offiziell wird bekannt gegeben, daß der Bruder der Königin von England, Prinz Alexander von Teck im Oktober dieses Jahres als Nachfolger des Herzogs von Connaught als Generalgouverneur nach Kanada gehen wird.

Spanien.

Ein Flottengesetz. Madrid, 7. Mai. Der Marineminister verlas in der Kammer das Flottenbauprogramm für 1915 bis 1917, das zwei Panzerschiffe modernster Bauart, deren Kosten je 70 Millionen Pesetas betragen, ferner zwei Aufklärer von 1000 Tonnen und drei Tauchboote, die je 3 Millionen Pesetas kosten, einbezieht. Die ununterbrochene Fortsetzung ähnlicher Bauten auf Grund einer Ausgabe von 36 Millionen während 9 Jahren ist geplant; außerdem sind beträchtliche Ausgaben für den Ausbau der Kriegshäfen Ferrol, Cádiz und Gijón vorgesehen, namentlich für Trockendocks der beiden ersten Plätze.

Eine neue Ehe des Infanten Ferdinand. Madrid, 7. Mai. „Zabra“ verbreitet aus dem Palast des Königs nachfolgende offizielle Mitteilung: Der Infant Ferdinand von Spanien, Prinz von Bayern, unterbreitete dem König den Wunsch, sich mit Luísa Silva Fernandez Benetitia zu vermählen; der König hat seine Einwilligung erteilt. Die Hochzeit findet im Oktober statt. Luísa Silva ist eine Tochter des Grafen v. Badoenaga. (Der Prinz war in erster Ehe mit der am 23. September 1912 verstorbenen Infantin Maria Theresia von Spanien verheiratet.)

Die Beziehungen zu Italien. Madrid, 7. Mai. Auf eine Anfrage in der Kammer erklärte der Minister des Auswärtigen: Der Besuch, den neulich italienische Industrielle und Kaufleute in Madrid machten, hatte den Zweck, die auf dem Gebiet des Handels und des Geistes schon sehr herzlichen spanisch-italienischen Beziehungen zu entwickeln und noch intimer zu gestalten. Beziehungen, die der Abschluß eines Handelsvertrags krönen wird.

Portugal.

Ein neuer Minister des Auswärtigen. Lissabon, 7. Mai. Ferreira Andrade übernimmt das Ministerium des Auswärtigen, das bisher Bernardino Machado interimistisch verwaltete.

Italien.

Die österreichfeindlichen Kundgebungen. Mailand, 7. Mai. An einer Kundgebung gegen das österreichische Konsulat in Neapel, dessen sämtliche Fenster eingeworfen wurden, beteiligten sich 20 000 Personen. Die Versammlung, die mit aufgefälligerem Vaporet gegen die Masse vorübergehen sollten, fraternisierten mit den Demonstranten. Ein großes Bild des Kaisers von Österreich wurde verbrannt. — In Bari beteiligten sich an den Kundgebungen gegen Österreich auch die albanischen Einwohner. (Die Kundgebungen erfolgten aus Anlaß der kaiserlichen Vorgänge vom 1. Mai. Es war dort zu Zusammenstößen zwischen Italienern und Slowaken gekommen.)

Rußland.

Nach dem Zwischenfall in der Duma. Paris, 8. Mai. In einem Interview mit dem Petersburger Korrespondenten des „Matin“ erklärte der Dumapräsident Rodzanko, daß er eine Auflösung der Duma nach den Stimmzügen vom 5. Mai nicht für wahrscheinlich halte, zumal die Duma ein wesentlich anderes Aussehen dadurch nicht erhalten würde. Auch das russische Budget wird keinerlei Änderung erfahren. Ja, es sei sogar übergeugt, daß das Budget für Heer und Marine mit einer Majorität von mindestens 60 Prozent bewilligt würde. Die Frage Finanzpolitik des ehemaligen Finanzministers Kozlovskow habe Rußland in den Stand gesetzt, einen etwa zwei Jahre währenden Feldzug ohne Anleihe durchzuführen.

Die Rüstungen. Petersburg, 7. Mai. Der Reichsrat hat beschlossen, von den 68 Millionen Rubeln, die 1912 zur Organisation und Einrichtung von Kriegsschiffen und Seefunktionen ausgeteilt waren, für das laufende Jahr 10 Millionen auszugeben, von denen sieben Millionen für Bauarbeiten, 310 000 Rubel für die Einrichtung und 2700 000 Rubel für den Bau von Trockendocks in Kronstadt und Sebastopol verwendet werden sollen. Ferner wurde ein Gesetzentwurf, betr. die Auswertung von Ergänzungskrediten, angenommen, um Laborkoffiziere in das Ausland zu schicken, damit sie sich in den fremden Sprachen vervollkommen. Weiter wurde angenommen ein Gesetzentwurf, durch welchen von den 481 Millionen Rubel, welche 1912 für die Wiederherstellung der Flotte ausgeteilt waren, 77 752 000 Rubel genehmigt werden, von denen 63 800 000 Rubel zum Ausbau der Kriegsschiffe, 6 Millionen zum Bau von Hilfschiffen und Schwimmdocks, 6 Millionen für Minen und Artillerie und 1 500 000 Rubel zur Errichtung von Fabriken für das Marinereport dienen sollen.

Balkanstaaten.

Der bedenkliche Erfolg der Epiroten. Konstantinopel, 8. Mai. Die italienische Telegraphenagentur hat vom epirotischen Komitee Details über die Schlacht und Befestigung der Stadt Colonia durch die Epiroten erhalten. Dieser Sieg gibt den Epiroten den Besitz der strategisch wichtigen Straße nach Gariha. Der Kampf dauerte den ganzen Tag. Die Verluste der Albanesen waren sehr groß. Hundert der albanischen Gendarmen wurden gefangen genommen.

Türkei.

Kein Aufstand in Arabien. Konstantinopel, 8. Mai. Die Pforte dementiert amtlich die Nachricht, daß in Mekka infolge eines Konflikts zwischen dem Wali und dem Emir eine Revolte ausgebrochen und der Wali gefangen genommen worden sei. Noch gestern habe der Wali eine dienstliche Depeche an die Pforte geschickt.

General Liman in Smyrna. Smyrna, 7. Mai. Marschall Liman wurde bei seiner Ankunft von dem Wali und den Militärbehörden mit großen Ehren empfangen. Er tauschte mit dem Wali Rahmi und dem Kommandanten Pertev-Pascha Besuche aus.

Vereinigte Staaten.

Die Trauung der Tochter des Präsidenten. Washington, 7. Mai. Im Weißen Hause fand gestern im kleinen Saal die Trauung von Eleanor Wilson mit dem Sekretär Macao statt, der die Familien, die Kabinetsmitglieder und das diplomatische Korps bewohnten.

China.

Ein Kampf gegen Seeräuber. London, 8. Mai. Eine Meldung aus Kanton besagt, daß chinesische Truppen nach erbittertem Kampfe die Befestigung eroberten, hinter der sich die Seeräuber in der Nähe von Swatow verschauelt hatten. Noch vor kurzem hatten sie den norwegischen Dampfer „Schildar“ geplündert und den Kapitän und die Offiziere gefangen genommen. 110 Seeräuber wurden von den chinesischen Truppen gestern umzingelt und gefangen genommen.

Australien.

Ein Mißtrauensvotum. Melbourne, 7. Mai. Die gestrige Abstimmung im Parlament über den Antrag, dem Bundesministerium ein Mißtrauensvotum zu erteilen, ergab Stimmengleichheit. Durch die entscheidende Stimme des Sprechers zugunsten der Regierung wurde der Antrag abgelehnt.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Ein Unfall bei der Taunushöhenfahrt.

Bei der heutigen Taunushöhenfahrt des Wiesbadener Automobilklubs ereignete sich bald nach der Abfahrt der ersten Wagen ein bedauerlicher Unfall. Um 1/2 7 Uhr geriet an einer scharfen Kurve, etwa 50 Schritte vor der „Schanze“, zwischen der Eisernen Hand und Langenschwalbach, das Presseauto, das als neunter Wagen startete, infolge des glitschigen Wegs von der Straße ab und überschlug sich. Sämtliche fünf Vertreter der Presse samt dem Chauffeur wurden herausgeschleudert und kamen, bis auf den Chefredakteur Dr. Geueke von der „Rheinischen Volkszeitung“, mit dem Schrecken davon. Dr. Geueke geriet leider unter den Wagen — einen 40 PS.-Wagen der „Neuen Automobil-Gesellschaft“ — und wurde nicht unerheblich aber doch nicht lebensgefährlich verletzt. Der Verunglückte war darauf zwischen den Wagen und das Ackerland eingeklemmt, daß es unmöglich war, ihn aus seiner mehr als unangenehmen Lage zu befreien, ohne das schwere Auto zu heben. Das aber war eine Aufgabe, die erst gelang, als einige Bedienstete der nahen „Schanze“ sowie die Insassen des folgenden von Dr. Gall (Möln) geführten Autos zur Hilfeleistung zur Stelle waren. Es ist geradezu ein Wunder, daß Dr. Geueke trotzdem außer Hautabrisuren an den Händen usw. lediglich einen Bluterguß in die Schulter davontrug. Er wurde zunächst in die „Schanze“ gebracht, deren Besitzer, Mitmeister Berger und Frau, sich äußerst liebevoll des Verletzten sowohl wie der übrigen Leidtragenden annahmen. Nach der Untersuchung durch den Höhenfahrtautler begleitenden Arzt wurde der Verunglückte durch ein telephonisch herbeigerufenes Sanitätsautomobil der Firma Goebel in das St. Josephs-Hospital nach Wiesbaden gebracht. Den Herren von der Presse, so weit sie die Lust an der weiteren Teilnahme an der Zuverlässigkeitsfahrt verloren hatten, stellte Mitmeister Berger in liebenswürdigster Weise sein Automobil zur Heimfahrt nach Wiesbaden zur Verfügung. Das Presseauto, das sich tief in den weichen Boden des frischgepflügten Ackers (ein Umstand, der offenbar größeres Unglück verhütete) hineingewühlt hatte, wurde erheblich beschädigt.

— Kaiserparade. An der bevorstehenden Kaiserparade, die voraussichtlich am 16. Mai auf dem Kurhausplatz stattfinden wird, werden das Regiment Nr. 80, 1., 2. und 3. Bataillon, die Pioniere Nr. 25 und die 2. Abteilung des Feldartillerie-Regiments Nr. 27 teilnehmen, vielleicht auch das Infanterie-Regiment Nr. 88 in Mainz. Die Truppen nehmen Paradeaufstellung wie in früheren Jahren vor dem Kurhaus und längs der Kolonnen, die Veteranen und die Fahnen der Kriegervereine der Kreise Wiesbaden-Stadt und Wiesbaden-Land längs des Ziergartens, Front nach dem Kurhaus, die Kriegesvereine vor dem Hotel „Vier Jahreszeiten“, an der Wilhelmstraße, die Sanitätskolonnen der Kreise Wiesbaden-Stadt und Wiesbaden-Land in der Großen Burgstraße, rechter Flügel an der Wilhelmstraße, der Jungdeutschlandbund und die Schulen vor dem Schloß. — Am Nachmittag des 16. Mai, um 2 Uhr, ist ein Vorbeimarsch sämtlicher Schüler der hiesigen Schulen und der Jugendvereine am Schloß in Aussicht genommen.

— Erneuerung bei der Stadtkasse. Bei der hiesigen Stadtkasse sind die neuen Kassen eingetroffen und zum Teil schon in Betrieb. Die eine derselben, welche für die Auszahlung der Löhne gebraucht wird, zählt auf einen Druck auf äußerlich angebrachte Zahlen Beträge in bestimmter Höhe aus und quittiert zugleich auf einem seitwärts zum Vorschein kommen-

Sprechstunde der Redaktion: 12 bis 1 Uhr; in der politischen Abteilung
von 10 bis 11 Uhr.

